

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1930

3.4.1930 (No. 92)

Badischer Beobachter

Bezugspreis: Monatlich 2.80 Mk. frei ins Haus, 2.70 Mk. bei der Geschäftsstelle abgeholt. Ma. 2.60 durch die Post ohne Zustellgebühr. Einzelnummer 18 Pfg. Samstags und Sonntags 15 Pfg. Abbestellungen nur bis 20. auf den Monatslauf. Im Falle früherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei

Er erscheint 7 mal wöchentlich als Morgenzeltung. Beilagen: Kunst u. Wissen, Frauenarbeiten, Blätter für den Familienhaushalt, Was der kathol. Welt, Sportbeilage, Deutsche Jugendkraft, Wafr. Lieberabend, Illustrierte Woche, Gesellschaftliche, Redaktion u. Verlag: Steinstr. 17-21. Fernspr.: Geschäftsstelle 6235, Redaktion 6236, Verlag 6237. Druckpresse: Beobachter, Postfachkonto Karlsruhe 4844.

Anzeigenpreis: Die 10gepostens 27 mm breite Millimeterzeile im Anzeigenblatt 10 Pfg., auswärts 12 Pfg., für Gelegenheitsanzeigen 8 Pfg., die 5 gep. 87 mm breite am-Jelle im Anzeigenblatt 60 Pfg., Rabatt nach Tarif. Bei Zahlungsschwierigkeiten, promptester Einzahlung oder Konkurs kommt der Rabatt in Wegfall. Schluß der Anzeigenannahme 3/4 Uhr. — Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Karlsruhe.

Nr. 92 (10 Seiten)

Karlsruhe, Donnerstag, den 3. April 1930

68. Jahrgang

Heute Entscheidung

Dr. Sch. Berlin, 2. April (Eig. Drahtber.)

Die Reichsregierung hat für den Fall, daß sie morgen im Reichstag eine Niederlage erleiden sollte, alle Vorbereitungen getroffen. Die Auflösungsorder ist heute fertiggestellt und ausgefertigt worden. Der Reichskanzler hat die Absicht, als Chef eines geschäftsführenden Ministeriums, den Reichstag aufzulösen, wenn dieser einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung annimmt. Auch die Notverordnungen, die dann aufgrund des Artikels 48 der Reichsverfassung durchgeführt werden sollen, sind im wesentlichen bereits fertiggestellt. Die Regierung will aber im Falle der Auflösung des Reichstages vom Artikel 48 möglichst sparsamen Gebrauch machen und wahrscheinlich nur zur Sanierung der Kassenlage notwendige Gesetze durchführen.

Die Deutschnationalen in Verlegenheit

Dr. Sch. Berlin, 2. April (Eig. Drahtber.)

Das Hauptinteresse im Reichstag konzentrierte sich heute auf das deutschnationale Fraktionszimmer, wo fast den ganzen Tag über Beratungen stattfanden. Die Deutschnationalen hatten gestern einen Beschluß gefaßt, nach dem die Abstimmung über die Mißtrauensanträge um 12 Tage verschoben und der Regierung Gelegenheit gegeben werden soll, ihre agrarpolitischen Vorlagen fertigzustellen. Diese Forderung der Deutschnationalen, die nichts anderes als ein taktisches Manöver war und darauf hinauslief, den völligen Auseinanderfall der Deutschnationalen zu verhindern, wurde aber vom Reichskanzler sofort und entschieden abgelehnt. So ist die deutschnationale Fraktion gezwungen, in kürzester Zeit Farbe zu bekennen. Jüngerling will nach wie vor die Regierung stützen und er soll heute mit seinem Rücktritt gedroht und die Absicht geäußert haben, die deutschnationale Parteivertretung zusammenzurufen, wenn in der Fraktion eine Mehrheit gegen seine Politik zustandekommt.

Unter diesen Umständen kann kein Mensch voraussetzen, wie die Abstimmung morgen ausfallen wird. Bekannt ist nur, daß der Agrarflügel der Deutschnationalen ebenso wie die wirtschaftlich orientierte Kreise das Kabinett Brüning stützen wollen, und beachtenswert ist in diesem Zusammenhang insbesondere, daß sich heute die leitenden Gremien des Reichslandbundes hinter den Reichsernährungsminister gestellt haben. Es ist also durchaus möglich und sogar wahrscheinlich, daß es bei den Abstimmungen zu einem offenen Bruch bei den Deutschnationalen kommt.

Damit wäre jedoch eine Mehrheit für die Regierung noch nicht unter allen Umständen gesichert, denn man rechnet mit etwa 30 Anhängern Jüngerlings in der deutschnationalen Fraktion. Würden diese 30 Abgeordneten für den Mißtrauensantrag stimmen, dann müßten auf der anderen Seite mindestens 40 deutschnationale Abgeordnete für das Kabinett Brüning eintreten. Mit Sicherheit ist also nicht vorauszusagen, denn das Ergebnis der Abstimmungen kann von Zufälligkeiten abhängen.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat heute abend eine Fraktionsitzung abgehalten und sich erneut mit der politischen Lage beschäftigt. Nach längerer Besprechung hat die Fraktion mit 36 gegen 18 Stimmen beschlossen, ihren alten Vertagungsantrag erneut einzubringen, das heißt zu beantragen, daß die Abstimmung um mehrere Tage verschoben wird. Für den Fall, daß dieser Antrag vom Reichstag abgelehnt werden sollte, beschloß die Fraktion, dem Mißtrauensantrag zuzustimmen. Damit haben sich die Aussichten für die Regierung weiter verschlechtert. Wie wir hören, ist der deutschnationale Fraktion nach der Fraktionsitzung mitgeteilt worden, daß der Reichslandbund von seinen Abgeordneten die Stützung der Reichsregierung erwartet.

Schieles Agrar- und Disprogramm

Berlin, 1. April. (Eig. Meldung.)

Ueber das Schiele'sche Sofortprogramm und die Obstzölle erfahren wir von maßgebender Seite u. a.:

Bei Getreide- und Getreideerzeugnissen ist die Forderung der Grünen Front aufgenommen, die noch Minister Herms als Sprecher des Zentrums bei der letzten Agrardebate im Reichstag mit besonderem Nachdruck vertreten hat und darauf hinauslief, dem Reichsernährungsminister die Ermächtigung zu geben, die Zölle autonom durch Verordnung jeweils in derjenigen Höhe festzusetzen, die erforderlich ist, um den bereits im Zollgesetz der alten Regierung vom Dezember 1929 enthaltenen Jahresdurchschnittspreis von 250 RM. und 260 RM. je Tonne Roggen und Weizen gerecht zu werden. Neu dürfte die Ermächtigung sein, auch den Wert der Einfuhrzölle nach den Erfordernissen der jeweiligen Marktlage durch Verordnung festzusetzen. Andererseits wird in einer erst jüngst eingebrachten Reichstagsanfrage der Deutschnationalen, die auch Schiele's Unterstreift trägt, die Heraussetzung des Einfuhrzollwertes für Hafer auf Zollhöhe, d. h. gegenwärtig 12 RM. gefordert. Bei der Neugestaltung der Zölle für Schweine und Schweinefleisch ist an eine Regelung entsprechend den Getreidezölle gedacht. Auch hier soll die Zollermächtigung so gehandhabt werden, daß ein Richtpreis von 45 RM. je Zentner Lebendgewicht für Schweine der Klasse C zu gelten hat. In der Ermächtigung sind ferner ein variables Einfuhrzollsystem für Schweine und Schweinefleisch und die Verwendung gewisser Zollgefälle zur Bereinigung des inneren Marktes vorgesehen.

Zur Hebung der Rinderwirtschaft ist die Drosselung überflüssiger Einfuhren beabsichtigt. Der § 12 des Fleischbeschaugesetzes soll wieder hergestellt werden.

Auch für die Milchwirtschaft sind Maßnahmen besonderer Art auf handelspolitischem und innerwirtschaftlichem Gebiet geplant bzw. schon eingeleitet. Zug um Zug mit dem allgemeinen Agrarprogramm soll die Obstzölle eingeleitet und durchgeführt werden, wie es in der Regierungserklärung heißt.

Das Disprogramm sieht den Erlass eines Gesetzes über ein Vergleichsverfahren bei landwirtschaftlichen Betrieben vor, das im Falle von Zahlungsstörungen ein außergerichtliches Vergleichsverfahren vorschreibt, nötigenfalls in Verbindung mit einem gewissen Moratorium.

Es sind weiter Maßnahmen zur Steuer- und Zins-senkung sowie der damit verbundenen Umschuldung vorgesehen. Diese Befreiungsmaßnahmen sollen von den provinziellen und berufständlichen Selbstverwaltungskörperschaften gemeinsam mit den Kreditanstalten durchgeführt werden. Für diese Zwecke hat die Regierung besondere und hinreichende Mittel zur Verfügung gestellt. Bei den kreditpolitischen Bestreihungsmaßnahmen ist auch daran gedacht, die Personalkreditformen auf eine gesündere Basis zu stellen mit Hilfe von einer Art Warrantkredit.

Der Reichslandbund für Minister Schiele

Berlin, 2. April. Der Bundesvorstand des Reichslandbundes hat heute nachmittag folgende Entschlieung gefaßt: Der Bundesvorstand des Reichslandbundes spricht seinem Präsidenten, Minister Schiele, einmütig den Dank für sein mannhaftes Handeln aus, gelobt ihm die Unterstützung des deutschen Landvolkes mit allen Mitteln in seinem schweren Kampf für die Rettung der deutschen Landwirtschaft und erwartet demgemäß, im Gegensatz zu den Absichten der Sozialdemokratie, das Kabinett zu stützen, von allen parlamentarischen Vertretern des Landvolkes eine Haltung, die dem Kabinett Brüning-Schiele die Möglichkeit zur Durchführung des Agrarprogrammes gibt.

Kein östumenisches Konzil im Jahre 1931

Rom, 2. April. Seit einigen Tagen bringen die italienischen Blätter die Nachricht, daß der Papst am Ende seines Jubiläumjahres für das Jahr 1931 das östumenische Konzil einberufen wolle. Zuständige vatikanische Kreise sind jedoch der Ansicht, daß ein derartiges Konzil nicht in so kurzer Zeit einberufen werden könne, weil die Vorbereitungen längere Zeit in Anspruch nehmen.

Der Reichstag zur Regierungserklärung

Die Stellungnahme der Parteien — Parteipolitisch ist der Sozialdemokratie die Oppositionstellung immer ausgezeichnet bekommen — Eine zustimmende Erklärung des Zentrums — Vertagung auf Donnerstag

Sitzungsbericht

Berlin, 2. April. (15. Sitzung 12 Uhr.)

Auf der Tagesordnung steht die Besprechung der Regierungserklärung.

Dr. Brüning: Die sozialdemokratische Fraktion schließt sich voll und ganz dem Dank an, den der neue Reichskanzler in so ritterlicher Weise seinem Amtsvorgänger Müller ausgesprochen hat. Es war nicht leicht, in der Großen Koalition Parteien zusammenzufassen, deren einzelne Bestandteile in mehr als einer Beziehung auseinander drängten. Wir haben diese dornenvolle Aufgabe durch 1 1/2 Jahre erfüllt. Die Sozialdemokratie als größte Partei des nächsten Reichstages (Loben und Widerspruch) wird wie in der Vergangenheit so auch in der Zukunft immer bereit sein, eine Mitverantwortung zu übernehmen, solange sie es mit den von ihr verfochtenen Ideen und mit den von ihr vertretenen Schichten für vereinbar halten kann. Parteipolitisch ist uns die Oppositionsstellung immer ausgezeichnet bekommen. Das ist ein politischer Erfolg, der aber das in Mannheim vom Führer der Deutschen Volkspartei geäußerte Wort: „Auf die Dauer läßt sich nicht ohne und gegen die Sozialdemokratie regieren!“ Wir Sozialdemokraten waren bereit, der Regierungsvorlage über die Sanierung der Arbeitslosenversicherung zuzustimmen. Die Sozialdemokratie konnte daher den offen zugegebenen Leistungsabbau nicht mitmachen, und so kam es zum Sturz der bisherigen Regierung. Die schnelle Bildung der neuen Regierung war möglich, weil schon zu Lebzeiten des alten Kabinetts Vorbereitungen für das neue, durch Intrigen und auf Hintertreppen gemacht wurden. Wir glauben nicht, daß Dr. Brüning daran beteiligt war, aber andere Leute warteten im Vorzimmer des kranken Kabinetts auf den Moment, wo sie die Macht antreten konnten. Im Sinne dieser Leute hat dann ein sehr hoher Herr eingegriffen. Damit ist der Verfassung eine Auslegung gegeben worden, die nach unserer Auffassung den Sinn und Wortlaut dieser Verfassung nicht entspricht. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Geyer (Zentrum) gibt eine Erklärung ab, in der er die in der Regierungserklärung enthaltenen Grundzüge billigt und beabsichtigte Maßnahmen begrüßt. Seine Partei erwarte die Lösung in vollem Einverständnis mit dem Reichskanzler auf dem Wege der parlamentarischen Gesetzgebung. Das Zentrum habe sich bis zum letzten Augenblick bemüht, die positive Zusammenarbeit in der Großen Koalition zu erhalten. Sie bedauere, daß die politische Bedeutung ihres Ausgleichsvorschlages für die Arbeitslosenversicherung nicht allseitig und rechtzeitig erkannt worden ist. Die durch den Rücktritt der letzten Reichsregierung geschaffene Lage erfordere gebieterisch ein entschlossenes, über allen Parteierwägungen stehendes Handeln. Die Zentrumspartei

Mit oder ohne Reichstag?

F. L. Die Dinge stehen in Berlin auf Spitz und Knopf. Die Entscheidung liegt bei den Deutschnationalen. Wird es Brüning gelingen, diese Partei zu spalten und Jüngerling die mehr als 20 Mann abspenstig zu machen, die er zur Nichtannahme des Mißtrauensvotums braucht? Auf Winkelfüge läßt er sich nicht ein. Das ist ja der Sinn seines Kabinetts. Es muß zur Entscheidung kommen; nicht morgen oder übermorgen oder in zehn oder noch mehr Tagen, wie es überflüge Parteitaktiker gern haben möchten, sondern heute. Brüning kann diese Entscheidung erzwingen, denn er hat das Vertrauen des Reichspräsidenten und er hat in der Tasche die Auflösungsorder des Reichstages. Er wird das Programm seiner Regierungserklärung durchführen. Die Frage ist nur mit oder ohne Reichstag. Es handelt sich nicht mehr darum, daß sich die Parteien gegenseitig durch taktische Maßnahmen die Schuld zuschieben können, sondern darum, daß sofort und endgültig die furchtbaren, am Mark unserer Wirtschaft und unseres Kredites zehrenden Finanzschwierigkeiten des Reiches behoben und zur Gesundung gebracht werden.

Wir müssen also damit rechnen, daß der Reichstag aufgelöst wird, im wunderschönen Monat Mai die Wahlen stattfinden und währenddessen Brüning auf Grund des Artikels 48 das ohne Reichstag macht, was er mit dem Reichstag hätte machen wollen, — wenn die Flügelparteien nicht noch in letzter Stunde Vernunft annehmen. Die Sozialdemokraten haben dazu keine Lust; sie möchten Neuwahlen. Für Redner Breitscheid hat sich im Reichstag über die Vorzüge, in der Opposition zu stehen, durchaus orientiert gezeigt. Die Vorbeeren vom Mai 1928 loden. Wir glauben aber, daß die Wähler erkannt haben, wo die Freunde der wahren Demokratie stehen. Wir freuen uns, daß Brüning mit starker Hand die Zügel der Regierung ergreift. Wir stehen hinter ihm und vertrauen seiner Führung, ob diese nun mit oder ohne Reichstag erfolgt.

habe sich deshalb sofort bereit erklärt, eilig und entschlossen dem Rufe ihres Führers zu folgen. Der Redner wendet sich dann gegen die Ausführungen von Dr. Breitscheid. Der Inhalt seiner Rede sei kaum vereinbar mit der Erklärung, daß die Sozialdemokratie später wieder in die Koalition eintreten wolle. Breitscheids Vorwürfe gegen das Zentrum seien unberechtigt. Die Sozialdemokratie habe selbst die Regierungsvorlage zur Arbeitslosenversicherung abgelehnt und sich erst in allerletzter Stunde zu ihr zurückgefunden. Die Anwendung des Art. 48 sei gewiß kein Idealzustand, aber auch die Sozialdemokratie sollte sich bemühen, die Anwendung dieses Mittels unnötig zu machen. (Beifall.)

Abg. Dr. Scholz (D.Dt.) erklärt, er wolle auf Breitscheids Rede jetzt nicht eingehen, obwohl diese Rede ein einziges Liebeswerben um die Deutsche Volkspartei gewesen sei. Der Redner begrüßt in erster Linie die Erklärung der Regierung, daß die Außenpolitik in den bisherigen bewährten Bahnen fortgeführt werden solle. Dies werde dadurch gewährleistet, daß ihre Führung in den gleichen Händen geblieben ist. Die Deutsche Volkspartei billige die Vorlegung eines umfassenden Sanierungsprogramms und das Bekenntnis zur rücksichtslosen Sparamkeit, die auf allen Gebieten, auch bei der Arbeitslosenversicherung, angewandt werden müsse. Die Gesundung der Finanzen und der Wirtschaft werde das beste Fundament der Sozialgesetzgebung und ihrer Weiterentwicklung bilden müssen. Die Deutsche Volkspartei werde auch an allen Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft bereitwillig mitwirken. In der Fürsorge für den Osten sehe sie eine der wichtigsten staatspolitischen Aufgaben. Auch die große Aufgabe der Reichsreform müsse in den Rahmen der Sparamkeitsaktion einbezogen werden. Die Regierung dürfe bei der Durchführung ihres Gesamtprogramms auf die tatkräftige Mitarbeit der Deutschen Volkspartei vertrauen.

Abg. Bied (Komm.) führt aus, das neue Kabinett sei nur die Fortsetzung des alten Ausschusses zur Auswiderung der Massen mit teilweise verändertem Personal.

Abg. Drewh (D.Dt.) gibt eine Erklärung ab, in der es heißt: Um in letzter Stunde die schweren Gefahren für Landwirtschaft und Mittelstand und damit für die Nation zu bannen, hat der Reichspräsident weitgehenden Einfluß auf die Bildung und Zielsetzung des neuen Kabinetts genommen. Neben dem Verantwortungsbewußtsein für Staat und Wirtschaft war es in erster Linie das Vertrauen zum Reichspräsidenten, das die Wirtschaftspartei veranlaßt hat, einen Minister für das Hindenburg-Kabinett zur Verfügung zu stellen. Wir erwarten, daß Professor Bredt die Unterstützung der übrigen Kabinettsmitglieder finden wird bei dem Bestreben, demjenigen Teile des Volkes schützend zur Seite zu stehen, der augenblicklich am meisten bedrängt ist. Wenn die Regierung zeigt, daß es ihr nicht ermit um die Verwirklichung des Art. 164 der Reichsverfassung ist, kann sie auf eine Unter-

stimmung der Wirtschaftspartei nicht rechnen. Wir können nicht verhehlen, daß einzelne Punkte der Regierungserklärung schwere Bedenken erregen. So ist es unvereinbar mit der vom Reichspräsidenten gegebenen Zielsetzung, wenn sich die Regierung das Finanzprogramm der früheren Regierung in allen Teilen zu eigen machen sollte. Wir werden unsere künftige Stellung zur Regierung davon abhängig machen, ob das Kabinett mit dem erforderlichen Ernst und Nachdruck an die Ausgabenreduzierung herangeht und die Deckungsvorlagen dem vom Reichspräsidenten gegebenen Richtlinien voll anvertraut.

Abg. Meyer (Berlin (Dem.)) weist in einer Erklärung darauf hin, daß die Einigung an den Sozialdemokraten gescheitert sei, die es abgelehnt hätten, eine Reform der Arbeitslosenversicherung auch nur unter die Möglichkeiten einer künftigen Gesetzgebung aufzunehmen, obwohl jede künftige Mehrheit gezwungen sein werde, Wege zu suchen, um die Reichsfinanzen von der dauernden Gefahr zu befreien, die ihnen aus den organisatorischen Mängeln dieser sozialen Institution drohe. Dem neuen Kabinett stehen wir mit Bedenken und Sorgen gegenüber. Wenn wir die in diesem Augenblick zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nicht unversucht bleiben darf zur Vermeidung einer Staatskrise. Die Demokraten werden deshalb der Aufnahme der Tätigkeit des neuen Kabinetts kein Hindernis in den Weg legen. Sie werden seine Handlungen abwarten und von Fall zu Fall ihre Haltung einrichten. Wir billigen grundsätzlich die in der Regierungserklärung angeführten Maßnahmen und werden auch an einer durchgreifenden Mitarbeit mitarbeiten. Darüber hinaus müssen wir aber fordern, daß die Regierung streng die verfassungsmäßigen Grenzen innehält. Ferner verlangen wir die Fortführung der streifemännlichen Außenpolitik, wozu auch die baldige Vorlegung des polnischen Handelsvertrages gehört. In der Innenpolitik wünschen wir einen gradlinigen republikanischen Kurs, der auch namentlich in der weiteren Behandlung des Konfliktes mit Thüringen unzweideutig zum Ausdruck gelangen muß. Auch wenn das neue Kabinett die bevorstehenden Kämpfe übersteht, betrachten wir es nur als eine Uebergangslösung, bis es möglich ist, eine Mehrheitskoalition wiederherzustellen.

Abg. Süßler gibt für die Volkserkennende Vereinigung und den Christlich-sozialen Volksdienst eine Erklärung ab,

in der es begrüßt wird, daß der Reichskanzler eine koalitions-mäßige Gebundenheit der neuen Regierung ausdrücklich abgelehnt habe. Der Weg zur inneren Einigung der Nation könne nur durch Ueberwindung des übermüthigen und zersetzenden Parteigeistes freigemacht werden. Zur Finanzsanierung erklärt der Redner, daß sie zugleich den Erfordernissen einer von nationalem Gemeinschaftsbewußtsein und christlicher Nächstenliebe getragenen Sozialpolitik gerecht werden müsse. Der Wille, den außergewöhnlichen Nöten des Volkvolkes mit außergewöhnlichen Mitteln entgegenzutreten, sei ein Tatbekenntnis zur Schicksalsverbundenheit aller deutschen Berufsstände. Die gleiche Hilfsbereitschaft dürfe aber anderen Berufsständen nicht vorenthalten werden. Das graue Gesicht der Arbeitslosigkeit müsse vom ganzen Volke, besonders von den noch leistungsfähigen und in ihrer Existenz gefährdeten Volksschichten mit getragen werden. Für die Hilfe fordert der Redner Einheit des organischen Aufbaues und der organisatorischen Durchführung. Einer plan- und zweckmäßigen Bauern- und Landarbeiterföderation müsse im Rahmen des Ostprogramms eine besondere Bedeutung beigemessen werden. Voraussetzung eines Wiederaufstieges sei, daß sich das deutsche Volk auf die unergänzlichen Lebensquellen des christlichen Glaubens besinne und die christlichen Sittengesetze wieder zum Maßstab seines Handelns mache. Die Regierung dürfe sich deshalb der Sicherung einer christlichen Jugendzucht nicht verlagern. Sie werde nur dann Erfolg haben, wenn sie sich auch in der praktischen Arbeit freihalte von koalitions- und parteipolitischen Verirrungen, und wenn sie sich immer als Trägerin der großen Gedanken des Reichspräsidenten fühle.

Abg. Reich (D.D.P.) begrüßt die baldige Befreiung der Rheinlande und besonders auch der schwergeprüften bayerischen Rheinpfalz. Wir erwarten auch, daß die Regierung mit aller Energie für den Schutz der deutschen Minderheiten und die allgemeine Abrüstung sich einsetzen wird. Wir geben in diesem Zusammenhang unserer tiefen Empörung Ausdruck über den blutigen Terror, mit dem in Rußland gegen refi-

giöse Ueberzeugung vorgegangen wird. Wir hoffen, daß die Reichsregierung die Bestrebungen des Päpstlichen Stuhles in dieser Frage unterstützen wird.

Bezüglich der Finanzierung erwarten wir, daß die Regierungsvorlagen im Reichstag eine Gestaltung erfahren, die dem Grundgedanken der Gerechtigkeit in der Lastenverteilung Rechnung trägt. In der Förderung von Landwirtschaft und Mittelstand werde die Bayerische Volkspartei die Regierung nach jeder Richtung unterstützen. Der dringend notwendige Schutz der Grenzgebiete werde aus allgemeinen vaterländischen Gründen territorial nicht beschränkt werden dürfen. So gehörten die bayerischen Ostgrenzgebiete seit jeher zu den ernteten deutschen Gebieten. Seine Partei werde die Mittrauensanträge ablehnen.

Die Stellung der Deutschnationalen

Abg. Schlang (D.N.P.) erklärt, das Kabinett Müller war das Kabinett der verpassten Gelegenheiten. Der beste Ausdruck seines Wirkens ist die Tatsache, daß es das Reformministerium der Arbeitslosenzahl geworden ist. Das neue Kabinett könnte man als Reparationskabinett der Müller'schen Unterlassung bezeichnen. Es hat gewiß große Schönheitsfehler. Wenn Deutschland aber auf eine Ideallösung warten will, wird es inzwischen vielleicht gestorben sein.

Dem Außenministerium und seiner Außenpolitik stehen wir mit denselben Gefühlen gegenüber wie bisher. (Rebh. hört, hört, links.) Die nächste Ernte ist das Schicksal der Landwirtschaft. Der Schiele's Arbeit darum hinderlich, muß als Schädling der Landwirtschaft gebrandmarkt werden. Besonders begrüßen wir, daß zum ersten Male entschlossen der Blick nach dem Osten

gerichtet wird. Wir danken dem Reichspräsidenten, daß er wie er bei Lannenberg den Osten rettete, auch jetzt den Blick der Nation auf den Hauptgefahrenpunkt der deutschen Zukunft gelenkt hat. Millionen Menschen hatten im Hinblick auf den neuen Minister Schiele wieder Hoffnung. Die Parteipolitik hat ihren Kurzwert verloren. Wenn Sie, Herr Reichskanzler so handeln, wie Sie es zum Ausdruck gebracht haben, dann werden Sie die härteste Regierung sein, die Deutschland in der Nachkriegszeit befehlen hat. Wir begrüßen es, daß diese Regierung zu merkten Male sich über den überfüllten Parlamentarismus hinwegsetzt. Wir werden sie unterstützen, solange sie ihren Worten Taten folgen läßt.

Abg. Dr. Febr (D.N.P.) fordert, daß in der Handelspolitik das System der Meistbegünstigung dem Vertragsgrundgesetz der Gegenseitigkeit weichen müsse. Wenn die Regierung an dem ursprünglichen Deckungsplan festhalte, könne den Ländern und Gemeinden nicht geholfen werden. Die Voraussetzung der Gesundung von Wirtschaft und Finanzen liege in einer grundlegenden Revision der sozialen Gesetzgebung. Die Hilfsmittel für die Landwirtschaft seien im Regierungsprogramm leider nur allgemein umrissen. Trotz mancher Bedenken stelle sich seine Partei bereit hinter die Regierung.

Abg. Ufers (D.N.P.) erklärt, seine Partei stimme im großen und ganzen der Regierungserklärung zu. Sie lehne die Mittrauensanträge ab und hoffe, daß die neue Regierung bald das große Werk der Reichsfinanzreform und Reichsreform in Angriff nehmen werde.

Abg. Dr. Best (Volkspartei) verlangt schleunige Reform der Aufwertungs-gesetzgebung. Gegen 4 Uhr wird die Weiterberatung auf Donnerstag 11 Uhr vertagt.

Was die anderen zu Brünnings Programm sagen

Die Berliner Presse

Berlin, 2. April. (Eigene Meldung.) Die Regierungserklärung des Kabinetts Brüning findet in der Berliner Presse im Allgemeinen eine recht freundliche Aufnahme. Nur die Organe des rechten Flügels der D.N.P. sowie die sozialdemokratische und die kommunistische Presse verhalten sich ablehnend.

Die „Germania“ erklärt u. a.: Der Wille zur Arbeit und Leistung unter allen Umständen war das Leitmotiv der Regierungserklärung. Es handelt sich um die Frage, ob jetzt endlich, wo es fast zu spät wird, die Arbeit an der finanziellen und wirtschaftlichen Gesundung des Reiches mit aller Kraft in Angriff genommen wird. Die Reichsregierung wird ihre Pflicht tun und in Erfüllung unaufschiebbarer Notstandsaufgaben im Interesse des Volkes und Staates vor keinen Schwierigkeiten zurückweichen.

„M.Z.“ sagt: Gleich, wie die parlamentarische Entscheidung fällt, wenn das neue Kabinett an seinen guten Zielen festhält, wird es sich zum Nutzen des Landes durchsetzen. Die „Vossische Zeitung“ stellt fest, daß die Programmrede Dr. Brünnings keinen unangünstigen Eindruck gemacht hat. Sie bietet nur geringe Angriffsflächen. Alles komme darauf an, wie die Verheißungen in die Tat umgesetzt werden.

Das „Berliner Tageblatt“ spricht von einem Feldzugsplan Brünnings mit dem Ziel der Zerstückelung der Partei Hugenberg's. Erhalt Brüning bei der Abstimmung deutsch-nationalen Zugzug, der ihn vor dem Sturz sichert, so ist Hugenberg's Autorität gebrochen. Bleibt Hugenberg im Parlament erfolgreich, so unterliegt der Sieger bestimmt im Wahlkampf, für den die deutschnationale Parole dann sehr schwer zu finden sein wird. Ob die Spaltung der Hugenberg-Partei gelingt, wird sich vermutlich schon in diesen Tagen zeigen. Diesen Keil des Programms zu vereiteln, liegt nicht im republikanischen Interesse.

Die „Deutsche Tageszeitung“, das Blatt des Reichslandbundes, betont: Forberung der Stunde scheint für uns alle Veranortungsbeiwerte zu sein, dem neuen Kabinett, das in einem bisher noch nicht erlebten Maße getragen

ist, von der Autorität des Reichspräsidenten, die Gelegenheit zu geben, seinen Ankündigungen Taten folgen zu lassen.

Die Bayerische Volkspartei und das Kabinett Brüning

München, 1. April. (Eigene Meldung.) Die offizielle Bayerische Volkspartei-Korrespondenz beurteilt die heutige programmatische Erklärung des Reichskanzlers zusammenfassend dahin, daß es sich bei dem Programm der neuen Regierung um jenes Programm handle, das im Reichstag bisher keine Mehrheit finden konnte und das auch von der Bayerischen Volkspartei abgelehnt worden sei, und zwar nicht etwa nur wegen der für sie nicht tragbaren Biersteuererhöhung, sondern wegen seines Gesamteinhaltes, dem man nicht für ausreichend hielt, eine wirksame Sanierung der öffentlichen Finanzwirtschaft in Deutschland in die Wege zu leiten. Es könne nicht verhehlt werden, daß bei allen guten Wünschen, die man in Bayern für das Gelingen der großen Regierungsaufgabe, die sich das neue Kabinett gesetzt habe, hege, die erste Kundgebung dieser Regierung nicht ausreiche, um die Sorgen zu zerstreuen, von denen sich nun einmal eine im gesamtdeutschen Interesse auch an die Zukunft Bayerns denkende Partei nicht frei machen könne.

Berichtigung.

In dem gestrigen Beitrag „Drachentöter Brüning?“ ist durch Zeilenauslassung im letzten Absatz eine Sinnenstellung entstanden. Wir geben den richtigen Wortlaut wieder: Denn so manches, was in den verschiedenen Jahren böses Blut machte und nicht verstanden wurde, weil es den Denks- und Empfindungsformen der alten, d. h. Vorkriegsgeneration entsprach, hätten uns Männer der neuen Zeit, die durch das ungelückte Erleben hindurch gegangen waren, eripart. Die Frontgeneration ist im schöpferischen Handeln und in grenzenloser Anpassungsfähigkeit groß geworden, während die ältere Generation in formalem Recht und klaffenmächtiger Verkrüppelung ihre Fäden weiterspannt.

Die kleine Eva

Roman von C. Fraser-Simon.
Copyright bei Georg Müller, München

38

Einen Augenblick verdrängen ihm Mut und das Gefühl der Demütigung die Sprache. Dann litz er hervor:

„Sie törichtes Geschöpf! Sehen Sie nicht, daß das Schicksal Ihres Gatten in Ihrer Hand ist und daß Sie mit vollem Bewußtsein seine Ausflüchte zugrunde richten!“

„Wieso?“

Die Frage entfuhr Eva gegen ihren Willen. Sie wußte, daß jetzt der richtige Moment war, die Unterredung zu beendigen, aber ihre Angst gewann die Oberhand.

Seine bisherigen Erdichtungen außer acht lassend, sagte Solmer:

„Wir wissen, daß Ihr Gatte die Papiere nicht bei sich hatte, als er Schottland verließ. Und wir wissen auch, daß Sie die Papiere nach seiner Abreise gefunden haben, daß Sie sie bei sich verbergen und versuchen wollen, sie ihm zu übergeben. Das wird Ihnen aber nicht möglich sein, denn Sie werden ihn nicht auffinden, und dürfen nicht wagen, die Hilfe des Gesetzes anzurufen.“

Eva machte keine Bewegung. Etwas Angst hielt ihr Herz umkrallt. Alle die schlimmen Vorahnungen, mit denen sie sich seit Peters Verschwinden herumgeschlagen hatte, tauchten nun wieder auf, brachen durch ihre Aufregung und ihr Verantwortungsgedühl, die sie bisher aufrecht erhalten hatten. Sie wußte nun, daß sie die sinnlose Hoffnung gehabt hatte, Peter doch zu Hause zu finden. Diese Hoffnung hatten Solmers Worte jetzt gründlich zerstört.

Ihr Gegner bemerkte ihre Bestürzung und suchte sie für seine Zwecke auszunutzen.

„Ich habe Ihnen einen Vorschlag zu machen“, sagte er. „Geben Sie mir die Papiere, und ich will sie sofort zu Ihrem Gatten bringen.“

Eine Wut stieg in Eva auf, die für den Augenblick alle Angst zum Schweigen brachte. Sie warf Solmer einen Blick so voller Verachtung zu, daß er seine Augen nieder schlug. Dann sagte sie mit einer kalten, beherrschten Stimme, die sie selbst kaum als ihre wiedererkannte:

„Bis jetzt, Herr Solmer, habe ich geglaubt, daß eine

Schlange das niedrigste aller lebenden Wesen wäre. Ich hatte Unrecht. Etwas, das sich Mensch nennt und seine Vernunft dazu benutzt, um ein Weib durch List und Drohung zum Ver- rat an ihrem Manne zu bewegen, ist noch weit verächtlicher als solch ein armes seelenloses Geschöpf im Staube. Sie denken, Sie können mich irreführen, weil ich eine Frau bin und verlangen von mir, ich soll die Freiheit meines Mannes um den Preis seiner Ehre erkaufen.“

„Was sollte ich das nützen? Glauben Sie, wenn ich wirklich auf Ihren infamen Vorschlag einging, das Leben hätte noch etwas zu bedeuten für ihn oder für mich, sein Weib, die sein Vertrauen schmählich verraten hat? Gehen Sie zu dem Schurken zurück, der Sie geschickt hat, und sagen Sie ihm, daß ich mit keinem schmutzigen Handel und keinen schmutzigen Kreaturen mich nicht befudeln will. Von Ehre zu ihm zu sprechen, hätte doch keinen Sinn. Er würde das Wort nicht verstehen!“

Sie hatte sich in eine solche Empörung hineingelassen, daß sie nicht mehr wußte, was sie sagte. Starker als alles war ihr Wunsch, zu beleidigen und zu beschimpfen.

Sie vergaß, daß sie mit ihren Worten zugab, die Papiere zu besitzen. Sie vergaß sogar die Gefahr, in der Peter schwebte.

Sie hatten sich beide erhoben und bohrten über den Tisch weg ihre Blicke ineinander. Auch aus seiner Stimme klang jetzt Wut, als er herporstieß:

„Sie wissen nicht, an wen Ihre Botschaft sich richtet. Sie suchen mich zu beschimpfen, aber Ihre Beschimpfungen prallen von mir ab.“

„Das will ich gern glauben!“

„Genug davon! Ich habe Ihnen noch einiges mitzuteilen.“

„Nein, darin irren Sie sich, Herr Solmer. Sie mögen noch einiges mitzuteilen haben — aber nicht mir.“

Sie hatte es ruhig, fast spöttisch gesagt, wandte sich um und ging durch die jetzt leere Halle auf die Tür zu.

Er blieb an ihrer Seite.

„Sie sind verrückt!“ riefte er ihr zu.

Sie ging weiter, als ob sie nichts gehört hätte.

„Nur wohl!“ fuhr er fort. „Wir wissen jetzt wenigstens, wo wir sind. Aber Ihren Gatten werden Sie nie wiedersehen!“

Damit war er draußen.

Sie sah durchs Fenster wie er die Stufen zur Straße herabstieg, sie überquerte und dem Klub gegenüber stand

saßte. Also hatte er's noch nicht aufgegeben, ihr zu folgen. Eva sank auf einen Stuhl. Sie fühlte sich wie zerklüftet. Mochten seine Drohungen auch nicht ernst gemeint sein, so war ihre Zurechtweisung doch stark ins Manen gekommen.

16. Kapitel.

Schon nach kurzer Zeit fand Eva wieder auf und begab sich in den Speiseaal. Sie mußte Zeit zum Nachdenken haben.

Daß Solmer draußen Wache stand, gab ihr eine Gewißheit: solange er das tat, konnte er sich mit seinen Spießgesellen nicht in Verbindung setzen. Wäre sie gleich nach Hause gegangen, so hätte ihm das Gelegenheit geboten, zu telefonieren, denn er konnte wohl annehmen, daß sie nicht sofort wieder fortgehen würde. Hier durfte er sie auch nicht eine Sekunde aus dem Auge lassen.

Gut, das zu wissen. Also hatte sie es nur mit einem zu tun.

Irgendwie mußte sie es anstellen, seiner Beobachtung zu entkommen und nach Haus zu gelangen. Darüber war kein Zweifel. Ihr Plan war, auf Peters Maschine einen Brief zu tippen, in dem er sich durch Krankheit entschuldigte, der Stigung nicht beizuhohnen zu können und sie beauftragte, die Papiere für ihn abzugeben. War es dann Zeit, so mußte sie Brief und Papiere Lord... persönlich ausshändigen. Sie wußte, daß er ein großer Freund und Gönner Peters war. Selbstverständlich mußte der Brief auf Peters Briefpapier geschrieben werden. Das konnte nur zu Hause geschehen. Außerdem hatte sie trotz Solmers Drohung noch immer die stille Hoffnung, ihn dort anzutreffen.

Sie setzte sich an einen Tisch in dem kleinen Nebenaal. Nur vier Tische standen dort, von denen ein einziger von einer einzelnen Dame besetzt war. Als sie sich niederließ, stand die andere auf und kam herüber, und im nächsten Augenblick hörte sie neben sich eine lustige Stimme und sah anblidend ein junges, vom Kopf bis zu den Füßen rot gefledetes Mädchen vor sich stehen.

„So!“ rief sie erreut und sprang auf. „Wie froh bin ich, dich zu sprechen. Komm, ich dich her! Können wir nicht zusammen Mittag essen?“

„Deshalb steh ich doch da, Dummerl. Rück den Tisch ein wenig, daß ich vorüberkann. So! Und jetzt wollen wir's uns gemütlich machen.“

(Fortsetzung folgt.)

Nachdenkliches zum Dotationsstreit

Paritätische Parraufbesserung

Die Verhandlungen im Bad. Landtag über das Pfarr-aufbesserungsgesetz am 25. und 26. d. M. haben nicht dazu geführt, daß die Opposition ihren Standpunkt gegenüber der von der Regierung vorgelegenen Parität bei der Bezahlung aller Religionsgesellschaften revidierte, weil sie auf alle Fälle den Gehalt der gegenwärtigen Regierung ablehnen wollte. Immerhin aber hat sich die Frage der Parität sehr stark gelöst.

Zwei Dinge waren es vor allem, die im Jahre 1875 die Regierung zu einer Nothilfe in der Form einer Parraufbesserung drängten, einmal das von der evangelischen Kirche geltend gemachte außerordentliche Bedürfnis der Pfarrer nach einer Aufbesserung ihrer Bezüge, die ihnen die Kirche ohne Besteuerungsrecht aus eigenen Mitteln nicht gewähren konnte, dann aber der Wert, den die Staatsregierung der Mitarbeit der Geistlichen an der Erziehung der Jugend im Staate beilegte. Letzteres ergibt sich vor allem aus dem wichtigen Satz der Begründung des 1. Gehaltentwurfs:

„Der Staat fördert wesentlich seine eigentlichen Zwecke, wenn er mit seinen Mitteln die Kirche in der Erfüllung ihrer Kulturufgabe unterstützt.“

Dieser Gedanke, sich die Mitarbeit der Geistlichen im Staate zu sichern, kehrt auch in den späteren Gesetzen wieder. Die damalige Regierung begnügte sich aber der römisch-katholischen Kirche gegenüber nicht mit dem Ausdruck eines solchen Gedankens. Sie verlangte darüber hinaus von den Geistlichen die Unterzeichnung eines Bekenntnisses, einer besonderen Urkunde, daß man die staatlichen Vorschriften genau beachten werde. Aus diesem besonderen Bekenntnis ergibt sich, daß Zuschüsse an die Geistlichen der römisch-katholischen Kirche nicht ohne weiteres gegeben werden sollten, weil man ihre Mitarbeit in einem Staate liberaler Prägung geringer bewertete als die der evangelischen Geistlichen, auf sie vielleicht ganz verzichtet wurde. Es erscheint daher vom Standpunkt der damaligen liberalen Regierung aus verständlich, daß diese den Zuschuß an die katholische Kirche nur so hoch bemessen wollte, als ihr noch erträglich schien, um eine zu starke Benachteiligung der katholischen Bevölkerung zu vermeiden.

Deshalb wurde, obwohl die Zahl der römisch-katholischen Geistlichen mit 765 die der evangelischen mit 372 um das Doppelte überstieg, der katholischen Kirche nur der gleiche Zuschuß in Aussicht gestellt wie der evangelischen.

An diesem Mißverhältnis hat auch das Gesetz vom Jahre 1899 fast nichts geändert, weil bei einem Zuschuß von für zunächst beide Kirchen je 300 000 M., der römisch-katholischen Kirche nur 1/3 mit 50 000 M. mehr in Aussicht gestellt wurde, so daß das Verhältnis schließlich 7:6, statt rund 2:1 wie bei den Pfarrstellen betrug.

Wenn aber die damals eingeführte Imparität den oben angegebenen Motiven entsprang, so könnte man auch heute regierungsseitig veranlaßt sein, nach dem gleichen Gesichtspunkte zu verfahren und den Wert der Mitarbeit der Geistlichen in der Republik nach den seit 1919 gemachten Erfahrungen bei den einzelnen Religionsgesellschaften verschieden zu bewerten. Es ist hier nicht der Ort, zu untersuchen, welches Zeugnis die Prüfung einer solchen Frage für die evangelisch-protestantischen Geistlichen zeitigen würde. Es würde eine solche Behandlung — und das muß hier nochmals nachdrücklich festgestellt werden — nur derjenigen Leistung entsprechen, die eine frühere Regierung dem katholischen Volksteil zukommen ließ. Wenn das damals kein Unrecht war, so könnte man die gleiche Leistung auch heute nicht als Unrecht bezeichnen.

Der heutige Volksstaat, die Republik, muß noch mehr von der früheren Staat auf eine sittliche Fundamentierung der Jugend und damit auf eine Mitarbeit der Kirchen legen. Er aber kann, da der Grundsatz der Gerechtigkeit eines seiner Hauptfundamente ist, diese Mitarbeit nicht nach dem Maß ihres Umfangs bei der einzelnen Religionsgesellschaft bewerten. Für ihn muß vielmehr ohne Unterschied des Bekenntnisses die Mitarbeit eines jeden Geistlichen bei der sittlichen Erziehung der Jugend gleich erwünscht sein. Das wird der vernünftige Gedanke sein, von dem ausgehend die Regierungsvorlage die Parität herstellen will. Ohne Unterschied des Bekenntnisses kommt nach ihr auf jede Pfarrstelle von dem gesamten Zuschuß der gleiche Betrag.

Es ist nicht Aufgabe des Staates, die Geistlichen zu besolden, die Aufgehaltener der Geistlichen und die Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen, den Sozialaufwand der Kirchen oder gar die Kosten für die Pflege der Kirchenmusik u. a. aufzubringen. Bei der außerordentlichen Vielgestaltigkeit der Verhältnisse der Kirchen nicht nur auf der Einnahmeseite, sondern vor allem auch auf der Ausgabe Seite wäre es gar nicht möglich, hier den Kirchen auch nur einigermaßen bei der Bezahlung gerecht zu werden. Es lassen sich diese vielgestaltigen Verhältnisse auch nicht rein rechnungsmäßig auf gleiche Grundlinien bringen. Die Ausgaben sind bei einzelnen Kirchen gegenüber den anderen entsprechend ihrer Finanzlage gesteigert und in ihrem Umfang wesentlich erweitert.

Dies gilt vor allem für die evangelisch-protestantische Kirche, die in ihrem Landeskirchenvertragsantrag eine Reihe von Ausgaben aufweist, die in den Vorschlägen der anderen Religionsgesellschaften völlig fehlen, so für Fürsorge, Wohlfahrtsdienst, kirchliche Musik, Presse, Stipendien und Beihilfen und einen Dispositionsfonds der Kirchenverwaltung. Die römisch-katholische Kirche gewährt auch ihren Pfarrern als Besoldung nur 64—70 Proz. der Besoldungsgruppen A 2 d und 2 c, während die evangelisch-protestantische Kirche alle Geistlichen in diese Besoldungsgruppen selbst eingestuft hat und ihnen außerdem noch gegenüber der Beamtenbesoldung erhöhte Kinderzuschläge gewährt, — so für das 4. und jedes weitere Kind sogar 40 M. monatlich —. Es muß deshalb grundsätzlich davon ausgegangen werden, daß die Gestaltung der Ausgaben eine innere Angelegenheit der Kirchen ist, auf die der Staat keinerlei Einfluß hat, und die für ihn deshalb auch nicht bei der Bemessung seiner Zuschüsse zugrunde gelegt werden kann.

Die Regierungsvorlage anerkennt die Mitarbeit eines jeden Geistlichen im Staate ohne Rücksicht auf seine kirchliche Besoldung und die sonstigen kirchlichen Verhältnisse, die seinen Einfluß entzogen sind, durchaus paritätisch mit dem gleichen Betrage. Darüber hinaus bewilligt sie im letzten Jahre und sodann wohl für die Zukunft einen Kinderzuschlag in Höhe eines Sechstels des Zuschlags, den die Beamten erhalten, davon ausgehend, daß der ermittelte Grundbetrag pro Pfarrstelle ebenfalls ein Sechstel des Gehalts des Pfarrers durchschnittlich gleichkommt. Nicht will und kann damit die Regierungsvorlage den verbeirateten Geistlichen

das durch Kinder gesteigerte Bedürfnis decken. Auch das muß vielmehr wieder als innerkirchliche Angelegenheit der Kirche überlassen bleiben. Der Teilbetrag für Kinder entspricht vielmehr nur der Beamtenbesoldungsregelung und erschiebt deshalb ohne Beeinträchtigung des Grundgedankens eines gleichen Zuschusses pro Pfarrstelle noch vertretbar. Eine gerechtere Parität wie diese ist nicht denkbar.

Keinesfalls kann das Staatssteuereinkommen als Grundlage benützt werden. Im heutigen modernen Volksstaat ist das nicht vertretbar, da es dem sozialen Gedanken der Volksgemeinschaft zuwiderlaufen würde. Steuer Mittel, die für alle da sind, vorzugsweise den sie aufbringenden Kreisen zukommen zu lassen. Jeder demokratisch Gesinnte müßte einem solchen Gedanken scharf entgegenreten, da er die Volksgemeinschaft zu unterhöhlen geeignet ist.

Weshalb die Parität nach der Seelenzahl nicht in Betracht kommen kann, wurde bereits in einer Abhandlung dieses Blattes (Nr. 85 vom 27. März 1930) unter dem Titel: „Der Meinungsstreit um die Parraufbesserung“ festgestellt.

Baden

Der Gemeindevahlkampf

wirft bereits auch in Karlsruhe seine Schatten voraus, obwohl bis zum Wahltermin noch reichlich Zeit ist. Wie an dieser Stelle jüngst schon von einem offenbar gut Eingeweihten mitgeteilt wurde, sind sich die Organisationen des hiesigen Handwerks, der Gastwirte, des Einzelhandels sowie der Grund- und Hausbesitzer nach längeren Beratungen darüber klar geworden, daß von einem besonderen Vorgehen des organisierten Mittelstandes bei den für den Herbst in Aussicht stehenden Stadtwahlen keine Rede sein könne. Man kann sich über eine solche Stellungnahme nur freuen. Sie ist politisch betrachtet absolut richtig. Das Gegenteil wäre im höchsten Grade bedauerlich und dazu noch recht unflug, denn es käme dabei bestimmt nicht viel oder gar nichts heraus, denn die große Mehrzahl der Wähler läßt sich erfahrungsgemäß von den Wirtschaftlichen- und Standesorganisationen mit Zug und Reich bei den wichtigen Entscheidungen auf weltanschaulichen und politischem Gebiete keine bindenden Vorschriften machen.

Wenn der selbständige ortsansässige Mittelstand sich „einen größeren Einfluß in der Kommunalpolitik zu verschaffen ge-

willt ist“, und wenn sonst dazu Mittel und Wege gesucht werden, so ist dagegen nichts einzuwenden. Dies ist schließlich das gute Recht, daß die einzelnen Stände bei solchen Gelegenheiten ihrer Bedeutung entsprechend zur Geltung kommen wollen, und wenn sie deshalb mit den in Betracht kommenden politischen Parteien Fühlung nehmen. Wir sind überzeugt, daß auf unserer Seite ganz von selbst der Mittelstand die ihm gebührende Berücksichtigung finden wird, wie dies übrigens unseres Erachtens bisher schon der Fall gewesen ist. Wer die Verhältnisse hier auch nur einigermaßen kennt, der weiß, daß das Zentrum in Karlsruhe bei den Gemeindevahlen immer auf alle Stände und Berufsgruppen, soweit wie nur irgend möglich, und wie keine andere Partei, Rücksicht genommen hat. Es ist und bleibt eine Tatsache, daß der Mittelstand wie die Wirtschaft überhaupt unter Einfluß des Grund- und Hausbesitzes im Karlsruher Rathauszentrum angemessen vertreten sind. Wir können uns da im Vergleich mit anderen Richtungen sehr wohl sehen lassen, wenn auch die Zahl der Arbeitnehmer im weitesten Sinne des Wortes ganz naturgemäß ein gewisses Uebergewicht aufzuweisen hat. Es dürfte aber in diesem Zusammenhang zu empfehlen sein, wenn sich unsere Parteifreunde aus dem Mittelstand parteipolitisch besser organisieren würden. Wer etwas Einblick in unser Vereinswesen besitzt, kann feststellen, daß die Angehörigen anderer Stände zahlenmäßig viel besser vertreten sind wie der Mittelstand. Es muß dabei aber immer wieder gesagt werden, daß das Zentrum schon aufgrund der von ihm vertretenen Weltanschauung auch auf den Kathäusern nie und nach keiner Richtung hin einseitige Politik machen kann und machen will.

Also der „Bürgerblock“ nach dem Herzen bestimmter liberaler Drahtzieher dürfte hier nicht zustande kommen. Es wird wohl höchstens ein volksparteilich-demokratisches Wahlabkommen abgeschlossen werden. Aber auch dies ist noch nicht ganz sicher. Es ist auch praktisch gar nicht so einfach, denn die Zahl der Interessenten ist auf alle Fälle viel größer wie die Anzahl der zu erwerbenden Sitze auf dem Rathaus. Doch wird das Zentrum davon, was da kommen wird, kaum weiter berührt.

Wie man schließlich noch hört, soll auch die Arbeitsgemeinschaft der Bürgervereine sich dem Gedanken eines Sondervorgehens gegenüber ablehnend verhalten, obwohl es auch dort bestimmte Persönlichkeiten geben soll, wie z. B. in P. u. L. a. C., die von Herzen gerne eine Sonderaktion mitmachen wollten. Man kann die Bürgervereine in ihrer Gesamtheit zu ihrem Entschluß nur beglückwünschen; denn eine Sonderaktion bei den Gemeindevahlen wird höchstwahrscheinlich für diese Organisationen der Anfang vom Ende! Nämlich sicher scheint es zu sein, daß Evang. Volksdienst und Nationalsozialisten diesmal neu auf dem Plan erscheinen werden. Möglich ist es immerhin, daß auch noch andere Leute bis zur Wahl entsprechende Gelüste bekommen, denn es steht ja noch reichlich Zeit zur Verfügung.

Giganten im Kampfe

Das Totenschiff auf dem Meeresgrunde

Ende vorigen Jahres sank im Engpaß von Antiochien der italienische Fracht-Dampfer „Rafael“. Die Peterzen erhielt den Auftrag, den gesunkenen Dampfer auf dem Meeresgrund aufzujagen und die Leichen von sechs Seemann, die sich noch im Maschinenraum befanden, zu bergen. Er erzählt darüber in der „Königlichen Volkszeitung“:

Nach längerem, vergeblichen Suchen gelang es uns schließlich, die Stelle der Katastrophe zu finden und ich stieg unterzüglich zum Meeresgrund hinab. In etwa 40 Meter Tiefe fühlte ich weichen, sandigen Boden. Ich stand auf einer ebenen Fläche, Gerächlos krochen Krabben und Summern umher, Tiefseeeale schlängelten sich zwischen meine Füße. Nicht weit entfernt sah ich einen Knochenvorposten und verschwand schnell in geheimnisvoller Ferne. Dann wieder sah ich Schwärme kleiner Fische, verfolgt von gefräßigen Haien. Allmählich wurde mein Weg hindernisreicher. Ich mußte schwer passierbares Dichtschiff passieren. Die langen Bänder der sonderbarsten Wassergetriebe wanden sich schlängelnd um meine Beine und hinderten mich am Vornwärtskommen. Das Wasser änderte die Farbe, wurde dunkelblau und finstern. Ich mußte meine große elektrische Lampe zu Hilfe nehmen.

Zimmer tiefer ging ich hinunter, vorbei an gepenitisch gähnenden, riesenhaften Felsenhöhlen. Der Druck des Wassers wurde mit der Zeit immer stärker. Plötzlich beleuchteten die Strahlen meiner Lampe die Umrisse einer riesenhaften Masse, die sich feillich von mir langsam bewegte. Nach genauerem Hinsehen erkannte ich ein Bootswal, aber er war wenigstens 20 Meter lang und wog sicherlich viele Tonnen. Seine enormen Pfosten schienen bewegungslos und der mächtige Schwanz schaukelte gemächlich.

Der große Rücken des Giganten, der fast den vierten Teil des Körpers bildete, war weit geöffnet.

Aufs höchste erschrocken, erfaßte ich schon den Signalstrich, um das Zeichen zum Hochziehen zu geben.

In diesem Augenblick zogen sich aus einer Höhle viele lange Schlangennarven zum Pottisch hin und wanden sich blitzschnell um meinen Kopf. Wie angewurzelt stand ich auf meinem Platz und starrte auf diesen ungewöhnlichen Anblick. Welche märchenhaften Seeschlangen konnten es wohl sein, die diesen Riesen anzufallen wagten? Der Wal wehrte sich nicht: Mit weitgeöffnetem Rücken lag er immer noch bewegungslos und ließ alles mit sich geschehen. Vier große „Arme“ umschlangen den Kopf und seine obere Kieferhälfte, da schloß er plötzlich den Rücken und

zerschnitt mit Leichtigkeit die „lebenden Taut“.

Gleich darauf erschienen zwei tellergroße schreckliche Augen auf dem Kampfblick. In ihrer Mitte sah ich einen geöffneten, krummen Papageienchnabel. Es konnte kein Zweifel sein — der Angreifer war ein riesenhafter Polyp, der gefährlichste Vampir der Tiefsee.

Ohne zu zaudern warf sich der Polyp auf den Wal.

Der Kampf der Giganten begann. Die Füßler des Polypen, die dicker waren als ein Menschenbein, versuchten den Gegner zu erdroffeln. Immer enger und enger zogen sich die mit langen Saugern besetzten Füßler zusammen. Doch auch der Bootswal, der sehr alt sein mußte, kämpfte nicht unerfahren. Er sperrte abermals seinen großen Rücken auf und wartete geduldig, bis sich die Füßler um seinen Oberkörper geschlängelt hatten. Wie auch das erste Mal, verbiß er mit seinen scharfen Zähnen spielend die gefährliche Umarmung. Der Polyp begann schon in der Agonie zu zucken,

doch versuchte er noch einmal, den Feind zu fassen. Und wieder sperrte der Bootswal seinen Rücken auf und — wieder geriet er einige „Arme“ des Meerestiefels.

Der Polyp war besiegt!

Er zog schnell seine letzten beiden Füßler zurück und versuchte in eine nahe Höhle zu entkommen. Aber sein Besieger war stärker. Wie ein Kreisel drehte sich sein mächtiger Körper um, und sein schrecklicher Rücken erreichte noch im letzten Moment den entstellenden Polyp. Innerhalb einer Vierteltunde war der Polyp in zwei gleiche Hälften geteilt. Immer wieder schnitt der Pottisch die nun vollkommen unkenntlich gewordene, konvulsivisch zuckende blutlose Masse, die er schließlich verschluckte. Und im nächsten Augenblick war er schon aus dem Bereich meiner Lampe verschwunden, neuen Kämpfen entgegenliegend. Nur einige auf dem Boden sich immer noch windende Füßlerreste zeugten von dem stattgefundenen erbitterten Kampf.

Dieser Vorgang, der mir wie ein Augenblick vorkam, hatte viel Zeit in Anspruch genommen und ich mußte mich nun beeilen, den Auftrag meiner Gesellschaft auszuführen. So schnell es meine schweren, kleineren Söhne erlaubten, begab ich mich zum Platze, wo das gesunkene Totenschiff lag. Dort hockten meiner neue, verhängnisvolle Abenteuer.

Auf einem breiten schwarzen Felsen erblickte ich den gesunkenen Dampfer.

Sein Kumpf ragte über den Rand des Felsens hinaus und verlieh ihm das Aussehen eines fagenhaften Ungeheuers. Hin und wieder wankte der Riese, von der Strömung angetrieben, als wenn er betrunken wäre. Dann ruhte er weiter, still und geisterhaft. Mit viel Mühe erkletterte ich das Deck und fand bald die Luke, die zum Maschinenraum führte. Der Deckel der Luke war offen (anscheinend war er von der Explosion aufgerissen worden, die den Dampfer zum Sinken brachte), und ein bis zur Hälfte entblöhter Leichnam ragte heraus. Das Wasser schaukelte ihn; grünlichweiß, geschwollen, bot er einen entsetzlichen Anblick. Grauen überkam mich, doch mußte ich meine Nerven zusammenreißen. Ich zog den Toten herauf und ging die glatten Stufen in den Maschinenraum hinunter, wo mich eine undurchdringliche Finsternis empfing.

Die elektrische Lampe leuchtete auf und — im selben Moment trat ich einige Schritte zurück. Die restliche Maschinenbedienung war hier anwesend: fünf Mann! Sie starben alle als Helben, bis zur letzten Minute auf ihrem Posten verharrend. Nun sammelten sie sich alle, um die eiserne Treppe, die ich hinuntergestiegen war, und es schien, als ob eine Delegation aus der Totenwelt einen Tauscher empfing.

Sie waren alle junge, muskulöse Leute. Der gelbliche Schein meiner Lampe beleuchtete ihre entstellten Gesichter; aus den weitgeöffneten starren Augen sprach ein unaussprechlicher Schreck, und die Lippen spielten ein sonderbares Lächeln.

Mit großer Ueberwindung riß ich den Blick von den Toten und ging in den zweiten Maschinenraum, um mich dort nach weiteren Opfern der Katastrophe umzusehen. Ich schritt schnell vorwärts, zwischen den Toten laderend. Dabei verursachte meine plumpe Gestalt einen Wasserwirbel, der die Leichen in Bewegung brachte. Sie wankten, fielen mir zu Füßen, streckten die Hände empor, als wenn sie von mir Hilfe erbitten würden.

(Schluß folgt.)

Die Modernisierung des Obstbaues im Bezirk Wiesloch

Wiesloch, 2. April. Wenn man in diesem Frühjahr durch die Gemarkungen der obstbaureichenden Gemeinden des Bezirks fährt, kann man beobachten, daß die abgängigen, verkümmerten Obstbäume, die letzten Zeugen einer Zeit des verkehrten Obstbaues, allmählich verschwinden. Junge, wachsfreudige Bäume mit schönen ausbaufähigen Kronen sind an deren Stelle getreten, man sieht ihnen die Pflege und Behandlung durch Menschenhand an. Erst die letzten Jahre haben in den Obstbauern des Bezirks Wiesloch die Erkenntnis reifen lassen, daß die nach neuen Gesichtspunkten umgestaltete Obstbaumzucht und deren Eingliederung in die volkswirtschaftliche Produktion zu einer der hauptsächlichsten Einnahmequellen für den an sich mit Glüdgütern nicht besonders reich gesegneten Bezirk werden kann. Eine systematisch durchgeführte Propaganda hat in einzelnen Gemeinden bereits zur Gründung von Obstbauvereinen geführt. Die Umstellung auf den modernen Obstbau im Bezirk Wiesloch hat bereits erfolgreiche Fortschritte gemacht. Die drei Hauptaufgaben, die der Obstbau der Gegend zu lösen haben wird, bilden die Sortenwahl nach dem System der amerikanischen Standardisierung, die Schädlingsbekämpfung und die Organisation des Absatzes. Die günstigen Bodenbedingungen des Bezirks Wiesloch für den Obstbau bieten die besten Zukunftsmöglichkeiten für eine rasche Entwicklung, zumal die kalkreichen Lehm- und Mergelböden des hügeligen Teils die natürliche Grundlage bilden. Sämtliche Obstbauorganisationen haben ein nach einheitlichen Richtlinien aufgestelltes Arbeitsprogramm für ihre Mitglieder ausgegeben. Zuvor aber mußte die Form der Organisation gefunden werden. Für die Sortenwahl und Schädlingsbekämpfung sind allenthalben Obstbauvereine geschaffen worden. Ob zur Regelung des Absatzes ebenfalls diese Vereine dauernd in Frage kommen, wie dies in Baiertal und Schatthausen der Fall ist, oder eine einheitliche Organisation für das gesamte Obstbaugbiet des Wieslocher Bezirks geschaffen werden wird, hängt von der weiteren Entwicklung des Obstbaues ab. Begrüßenswert ist, daß die Sicherung des Absatzes die Protektion der Landwirtschaftskammer findet. Dies scheint um so mehr erforderlich zu sein, als der Kleinbauer des Bezirks mit der modernen Regelung des Absatzmarktes nicht vertraut ist und sich bislang auch nicht darum bekümmern konnte. Den Obstbauvereinen des Bezirks hat die Landwirtschaftskammer es ermöglicht, auf den alljährlich veranstalteten Großmärkten für Obst in Bruchsal, Heidelberg, Weinheim usw. ihre Obstsergebnisse anzufertigen. Eine grundlegende Neuerung, die der Vereinfachung und Stärkung des deutschen Obstbaues zu dienen besonders geeignet ist, plant die deutsche Landwirtschaftsgesellschaft durch Schaffung einer Obstbörse einzuführen. Diese soll vor allem den Preis gleichmäßig gestalten und den Zwischenhandel zurückdrängen. Damit wird gleichzeitig eine Preisorientierung verfolgt und eine Gesamtübersicht über Angebot und Nachfrage erreicht, so daß sich die einzelnen besonders obftgesegneten Gegenden Deutschlands vor einer Verfallende rung ihrer Produkte schützen können. Auch hier wird die Landwirtschaftskammer die Vermittlerrolle zwischen Börse und Erzeuger spielen. Zur Durchführung dieser Aufgabe der Vermittlung wird durch den Obstbauverein Heidelberg und Umgebung eine große Verfeinerungshalle in Handshuhsheim aus Mitteln des Kreises und der Landwirtschaftskammer erstellt, nach dem Vorbild der holländischen Auktionshallen. Außerdem besteht bereits in Ittlingen im Kraichgau eine Obstammelfeste. Die der Name schon sagt, wird hier das Obst gesammelt, sortiert, verpackt und an die Verbraucher weitergeleitet. Um dem Bezirk den Ruf eines erstklassigen Obstbaugebiets zu erhalten, kann diese Obstammelfeste ihre Aufgabe nur bei Anlieferung erstklassiger Qualitätsware in werbender Aufmachung erfüllen, um auf diese Weise gegen die Konkurrenz des Auslandsobstes aufzukommen.

Den ersten Schritt will man im Bezirk Wiesloch daher durch die Beseitigung des Sortenwirrwarrs und Beschränkung auf ganz wenige ganz besonders geeignete Sorten machen. Diese Sorten müssen dem Klima und den Bodenverhältnissen entsprechen. Zu diesem Zwecke werden in allen Gemeinden die Obstbäume der Mitglieder der Obstbauvereine nach den von der Organisation ausgegebenen Richtlinien umgepflanzt. Die Zahl der bisher durchgeführten Umpflanzungen zeigt, daß man auch wirklich Ernst mit der Umstellung macht. Man ist sich bewußt,

Zur Verteilung der Volksschullasten zwischen dem Land und den Städten

Der Badische Städteverband schreibt uns:
Der Badische Städteverband und der Badische Städtebund haben in einer gemeinsamen Eingabe bei der Regierung den Antrag gestellt, die derzeitige Berechnungsweise der geleslichen Lehrstellen an den Volksschulen zu ändern. Nach dem Schulaufwandsgesetz entfällt in den Städten auf 55 Schüler ein geleslicher Lehrer, der zu Lasten des Staates geht. Da jedoch in Wirklichkeit mit einer derart hohen durchschnittlichen Schülerzahl auf einen Lehrer nicht auszukommen ist, sind in den Städten sogenannte „übergelesliche Lehrer“ angestellt, deren Aufwand zu Lasten der Städte geht. Während der persönlichen Schulaufwand für die Landgemeinden vollständig vom Staate getragen wird, sind also die Städte gezwungen, einen großen Teil des persönlichen Aufwandes selbst zu übernehmen. Diese Regelung bedeutet praktisch nichts anderes als eine erhebliche Vorbelastung der Städte gegenüber den Landgemeinden.

Die Städte haben daher eine Herabsetzung der auf einen geleslichen Lehrer entfallenden Schülerzahl von 55 auf mindestens 50 beantragt. Zur Begründung dieses Antrages ist in der Eingabe im einzelnen noch folgendes ausgeführt:

a. In der Denkschrift des Herrn Finanzministers vom 11. Februar 1930 (Landtagsdrucksache Nr. 108) ist in der Tabelle auf Seite 14 Bsp. 29 dargelegt, daß von den gesamten Schullasten in Baden (ohne Berücksichtigung der Hochschulen) das Land 74 Prozent und die Gemeinden 26 Prozent tragen. Dieses für den Landesdurchschnitt errechnete Verhältnis gilt jedoch keineswegs für die Städte.

In Mannheim beträgt beispielsweise der Schulaufwand für 1930:

	Aufwand der Stadt in Millionen RM.	Aufwand des Landes in Millionen RM.
Volksschule	3,411	3,3
Fortbildungsschule	0,382	0,56
Höhere Knaben- und Mädchen-schulen	0,841	0,763
Höhere Mädchenschulen	0,401	0,460
Gewerbeschule	0,466	0,293
Handelschule	0,242	0,252
Gesamt	5,743	5,628

Das Verhältnis des städtischen Aufwandes zu dem des Landes ist für die genannten Schulen also nicht 26 zu 74, sondern etwa 51 zu 49. Da die Schullasten in den übrigen größeren Städten des Landes ähnlich verteilt sind, ergibt sich, daß der prozentuale Anteil der kleineren Gemeinden an den Gesamtlasten erheblich niedriger als der errechnete Durchschnittssatz von 26 Prozent ist.

daß dadurch die Möglichkeiten zur Verbesserung des Absatzes wesentlich günstiger gestaltet werden können.

Die Voraussetzung für die Erzielung eines Qualitätsobstes bildet natürlich die Schädlingsbekämpfung auf deren gründliche Durchführung die Obstbauvereine ihr besonderes Augenmerk lenken. Wird doch durch eine richtig durchgeführte Obstbaubepflanzung die Menge des Tafelobstes erster Sorte vervierfacht, gegenüber Obstbäumen ohne Bepflanzung und Pflege. Den Besuchern der letzten landwirtschaftlichen Ausstellung in Heidelberg wurde dies in der lehrreichen Abteilung des Kreisbauwartes Huber-Batardet ad oculos demonstriert. Durch diese intensive Pionierarbeit wurde erreicht, daß die vom Volksmund bezeichneten Bauminvaliden mehr und mehr aus den Gemarkungen verschwinden. Begrüßenswert ist sodann auch die Umstellung vom Raubbau des Mostobstes auf den Anbau von Edelobst, entsprechend den günstigen Bedingungen des Wieslocher Bezirks. Damit scheint nun auch die Zukunft des Obstbaues in

b. Ein Vergleich der auf einen geleslichen Lehrer bei der derzeitigen Regelung tatsächlich entfallenden Schülerzahl bei den Stadtschulämtern der fünf größten Städte und dem ganzen Lande führt zu folgendem Ergebnis:

Das Land Baden zählte am 15. Mai 1928 insgesamt 270 652 Volksschüler und 6 531 Lehrstellen; unter letzteren befinden sich etwa 500 übergelesliche Lehrstellen. Nimmt man die Zahl der geleslichen Lehrstellen darnach mit 6 030 an, so kämen im Landesdurchschnitt auf einen geleslichen Lehrer 44,8 Schüler.

In den fünf Stadtschulämtern entfielen bei 61 580 Schülern und 1 708 Lehrstellen (darunter 1 296 gelesliche und 412 übergelesliche) im Durchschnitt 47,5 Schüler auf einen geleslichen Lehrer. Im Durchschnitt entfielen daher bei den Stadtschulämtern tatsächlich auf einen geleslichen Lehrer 2,7 Schüler mehr als im Landesdurchschnitt. Infolgedessen hätten die Stadtschulämter bei Gleichbehandlung mit dem ganzen Lande Anspruch auf 78 gelesliche Lehrer mehr als bisher.

c. Ein Vergleich des Stadtschulamtes Mannheim mit den Kreis- und Stadtschulämtern St. Gallen, Pflingen und Mosbach ergibt folgendes: Bei dem Stadtschulamt Mannheim kamen auf 25 958 Schüler 544 gelesliche Lehrer, in den genannten drei ländlichen Schulkreisen auf zusammen 26 155 Schüler 647 gelesliche Lehrer. In Mannheim entfielen darnach auf einen geleslichen Lehrer 47,7 Schüler, bei den genannten Kreis- und Stadtschulämtern dagegen 40,4 Schüler, jedoch ein Unterschied zugunsten der Kreis- und Stadtschulämter von 7,3 Schülern ergibt.

Ähnlich liegen die Verhältnisse auch in den anderen größeren Städten und Stadtkreisen.

Der Grund der Benachteiligung und Vorbelastung dieser Städte liegt hauptsächlich darin, daß bei der Berechnung der geleslichen Lehrerezahl die Schüler sämtlicher Schulabteilungen zusammengezählt werden. Zur Erzielung einer Gleichbehandlung müßte jedoch die einzelnen Schulabteilungen der Städte hinsichtlich der Lehrerezahl ebenso selbständig behandelt werden wie die Schulen der Landkreise. Diese Gesichtspunkte sind bei den Landesberatungen in den Jahren 1922/24 auch eingehend erörtert und anerkannt worden. Es wird hierwegen auf die Landesberichte 1922/23 Seite 778 fg. und 1924/25 Seite 1046 fg. ergebnis Bezug genommen. Bei der Beratung des Schulaufwandsgesetzes im Jahre 1923 wurde im Haushaltsausschuß von verschiedenen Seiten nachdrücklich betont, daß die spätere endgültige Regelung der Frage den Städten unbedingt eine Verbesserung bringen müßte. Es wurde damals schon der Vorschlag gemacht, die Zahl 55 auf 50 herabzusetzen.

diesem Gebiet gesichert und entwicklungsfähig geworden zu sein. Zu wünschen blieb dann nur noch, daß der Genossenschaftsgeist in den neuen Vereinen mit der fortschreitenden Umstellung und Modernisierung wachsen möge. A. Sch.

5 Jahre Zuchthaus für eine Brandstiftung

Badshut, 2. April. Das Schurgericht Badshut beurteilte gestern den Landwirt Hermann Bille aus Bismarcken wegen Brandstiftung zu einer Zuchthausstrafe von 5 Jahren und 10 Jahren Ehrverlust. Als in Bismarcken am 19. November v. J. ein großer Brand ausbrach, bemerkt er die Gelegenheit, auch sein Anwesen in Brand zu setzen. Er betrat zwar jede Schuld, das Gericht erachtete ihn aber aus Grund der Barmherzigkeit für schuldig. Besonders schwerwiegend erachtete das Gericht die Tatsache, daß es bei dem Angeklagten innerlich von fünf Jahren nicht weniger als sechsmal gebrannt hat, darunter zweimal unmittelbar nachdem der gestrige Brandstiftung die Versicherungsprämie bezahlt hatte.

Jahrbuch der österreichischen Leo-Gesellschaft

Das diesjährige Jahrbuch der wissenschaftlichen Vereinigung der österreichischen Katholiken ist (erschienen bei Herder in Wien) von erlauchtem Reichum und von nicht minder erlauchter Mannigfaltigkeit des Inhalts. Außer dem vom Minister Inniger erstatteten Rechenschaftsbericht über die Leo-Gesellschaft im letzten Jahre finden wir zehn Beiträge aus dem Gebiete der Philosophie, der Jurisprudenz, der Geschichte, der Philologie, der Kunstgeschichte und Literaturgeschichte, der Botanik. K. H. von L. v. B. der bekannte Seelenarzt (im wahren Sinne des Wortes) zeichnet die Aufgaben der „bestehenden Seelenkunde im Dienste der Erziehung und Fürsorge“. Professor Hans Eibl gibt einen neomethodisch orientierten „Aufriß der Metaphysik“, der in einer über die Beschränkung hinausführenden Schematik der Wissenschaften mündet. Hedwig Gollob berichtet über die „Entstehung der farolinguistischen Sprachfamilien“ und sie würdigt die kulturelle Rolle des Klosterwesens in der farolinguistischen Renaissance. Der Aufsatz von Franz Ranecker schildert Eibensdorf als Wegweiser einer katholischen Literaturkritik und Literaturgeschichte neben den politisierenden Literaturhistorikern des Vormars. Eine Studie von Maria Grunewald „Schattenkater und Scherenschnitt“ weist zwar viel und hübsch auf diesen Erzeugnissen der Volkstümlichkeit im Orient und im Oxyden zu erzählen, doch nichts von den so wichtigen Scherenschnitten der slavischen Völker, über die wir zahlreiche Publikationen wie die Prof. Franzkowski, besitzen. Dozent Hans Ande erörtert „Allgemeingehe und Spezifizierungsgehe und ihre Bedeutung für die Botanik“. Die Studie von Karl Kollroß über „Recht und Rechtsphilosophie Sowjetrusslands“ ist ein wenig summarisch und oberflächlich, wie ja ohne genaue Beachtung der russischen Spezialliteratur nicht zu vermeiden bleibt. Jakob Bara schießt mit einer „Rettung“ des mittelmäßigen Offiziers Josef Anton von Bilal über das an sich läbliche Ziel, das verlassene Schwarzgelbentum auch in dessen sekundären Gestalten zu rehabilitieren. Gerechtigkeit für Retter: eine Grenzpflicht, der sich Österreich durch Erbits Werk entzieht hat; Gerechtigkeit für Biologie: sie sei zugestanden, indes dem hiesigen Sprachrohr der französischen Ideen Josef Anton Bilal ist schon bei Lebzeiten der Dank des Vaterlandes durch die Verleihung des Verdienstordens und fünf ausländischer Orden geworden. Und damit genügt, Briefe des Wiener Theologen Anton Günther an seinen Pädagogen Karl Berner teilt Eduard Winter mit, ein vorzügliches Beitrag zur österreichischen Geistesgeschichte um die Mitte des 19. Jahrhunderts. Die Studie von Professor Wilhelm Döhl über „Elementarparallele Verwandte zu den indogermanischen Wörtern für „Aind“ nebst ethnologischen Folgerungen“ ist in vorbildlicher Klarheit das zufällig oder auf Grund veränderter Voraussetzungen Kehliche von welscher Gemeinamen. Diese Arbeit und Eibls Abhandlung ragen noch um ein Beträchtliches über das an sich hohe Niveau des Jahrbuchs hinaus. OFB.

Constantin Meunier

Zu seinem 25. Todestag am 3. April

Auch Constantin Meunier ist von manchen seiner Biographien mißhandelt worden. Das geschah zumal aus der unmittelbaren Wirkung seiner Werke heraus, der allzu großen Nähe seiner zeitlichen Kampfe. Außerdem waren für ihn, den bei Brüssel geborenen Belgier, das heißt für die Deutung oder Mißdeutung seiner Werke auch die besonderen politischen und volkswirtschaftlichen Verhältnisse seines Landes von wesentlichem Einfluß. Die Auseinandersetzung zwischen Ballonen und Flammen ist auch heute noch akut; ein mehr der Industrie zuneigendes Element sieht dem mehr konserverativ bäuerlichen gegenüber.

Meunier ist einer jener großen Künstler des vorigen Jahrhunderts, die die — vornehmlich industrielle — Arbeit der Kunst entdeckt und gewonnen haben. Meunier schöpfte sein Erlebnis der Arbeit nicht allein aus der Ritterschiff seiner armenhuligen Jugend, die er, frühzeitig väterlos, in einer Brühler Vorstadt verbrachte. Seine religiöse Einstellung — er hat zahlreiche Kirchenbilder gemalt — liehen ihn auch der Welt nicht verlernen für das Elend und die Sorgen, mit denen jene Mühseligen und Beladenen bedrückt sind, die für wenig Lohn armlich und kummervoll ihr Dasein fristen. Aber dieses in seinem Innern fürs lebendig geliebene religiöse Gefühl hat ihm auch jene eigenartige und seltene Stellungnahme zu seinen Motiven der Arbeit gegeben.

Aus seinen von der Arbeit schwerfällig und zerfurcht gemordenen Gesichtern schreit keine hoffnungsvolle Klage. Aus ihnen schillert kein Haß, keine bittere Anklage. Nicht jene bourgeoise Sehnsucht nach dem Wohlstand, in dem sich's nur angenehm lebt, glimmt höflich aus ihren Augen. Diese Gestalten Meuniers haben ein gesundes Pathos, das feierlich nur jenen entgegenschreit, die die Arbeit betreiben. Meunier wirbt für die Würde der Arbeit. Man sehe nur jene Bergarbeiter an, die nach vollbrachter Arbeit aus dem Schacht steigen, wie sie Meunier in einem erschütternden Relief gestaltet hat. Sie legen wohl ermüdet nach Licht und Sonne, finden sich erst mühsam in den aufrechten Gang; aber in ihnen ist auch ein Frohgefühl über die geleistete Arbeit. Die Spannkraft ihrer Arme zeigt keine Schlappheit, die von der ersten Arbeitsstunde an nur darauf bedacht macht, die Uhrzeit bis zur Feierstunde abzulesen. Und betrachten wir die Gestalt des Bergmanns, eine Figur des „Denkmals der Arbeit“, so scheint uns aus dem Bergmann ein tiefer Denker geworden zu sein, der in der Schule des Lebens und der Arbeit weise gemordet ist, der eher die blühen Freuden des Lebens erkenntnisreich betrachtet, als sich nach ihnen mullig zu sehnen. Die Betrübnis die schaut um seinen Mund spielt, gibt nicht der Arbeit als einem Fluch, der ihn betrafen, vielmehr jenen Menschen, die die Arbeit des einfachen Mannes verkleinern und betrachten. Auch in der Figur „Der Schmied“

des gleichen Denkmals tritt jener Stolz des Handwerks und seine Kraft aufgewöhnlich hervor. So wird dieses Denkmal der Arbeit zum wahren Symbol. Was ihm künstlerisch vielleicht an Monumentalität, an Einheitslichkeit mangelt, was zu gedankenbeladen erscheint, erweist ihm diese gleichsam monumentale Größe der inneren Wahrhaftigkeit, die sich bei aller naturalistischen Tendenz schaler Neuheitslust entzieht.

Man hat vielfach in biographischen Darstellungen des Werkes von Constantin Meunier versucht, von seiner religiösen Gesinnung abzulenken. Doch kam sie gerade in einer Stunde wiederum zur künstlerischen Erscheinung, da wir den Künstler durch schweres Leid betroffen finden. Seine beiden Söhne, von ihm vielgeliebt und schon mit seiner Arbeit innig verbunden, waren ihm durch den Tod entzogen worden. Im jene Zeit griff er das biblische Motiv des verlorenen Sohnes auf. Das Gesicht des Alten trägt in der einen Richtung seine eigenen Jüge. Mit ergreifender Innigkeit dringen die Blide des Vaters und des Sohnes ineinander. Und wenn wir nun jenen Umstand betrachten, daß eben der Tod den Sohn dem Vater entriß, so klingt aus dieser (auch formal-rhythmisch wunderbar gegliederten) Gruppe, jene gläubige Hoffnung auf das Wiedersehen in einer andern Welt.

Aus jener Zeit stammt auch Meuniers „Ecc homo“. Es ist eigenartig und spricht nicht nur ein vorzeitliches Urteil, daß gerade dieses Werk des Künstlers nicht zur Popularität unter dem gläubigen Volk gelangt ist. Es gehört wohl zu den wenigen großen Schöpfungen religiöser Kunst der Neuzeit, das den Ecc-homo-Gedanken, wie er dem arbeitenden Volke nahesteht, erschütternden Ausdruck zu verleihen vermag. Aus Meuniers Erleben der Zeit und der lebenden Gegenwart ist auch dieser Christus erwachsen, darum frei von aller gefährlichen Schwärmerei und süßher Inanspruchnahme, die man inmitten dieser harten, ernten, armen Menschen nicht denken könnte. Wie sich hier der religiöse Gedanke aus dem Leben und der Gegenwart belebt und befruchtet, ist der Beg bei einer anderen Arbeit der umgekehrt. aus dem religiösen Erlebnis erwächst ein Begreifen menschlichen Schicksals. Denn wie eine Pietà mutet die Bronzegruppe „Ein Opfer der schlagenenden Wetter“. Langgeatmet liegt der Leib des Iden auf der Erde. Vor ihm steht gebeugt eine weibliche Gestalt, deren Hände, gleichsam um die Befehrsung zu bewahren, ineinander verstrampft sind, deren Blick ins Unbegreifliche gerichtet scheint.

Das Leben Meuniers rollte in jenem Gleichklang ab, der durch seine Schöpfungen hämmert: in jener der Arbeit. Vom 12. April 1831 bis zum 3. April 1905 hat es gedauert. Es war einfach und schlicht, erfüllt von Liebe zu seiner Familie. Gleichsam symbolhaft über seinem Schaffen steht das Denkmal „Ein Vater Damien in Löwen“. Der Vater breitet seinen Mantel um einen schwereranten Armen. Er hält feierlich das Kreuz. Das Leben dieses Vaters auf der Erde ist in dieser geruchamen Sicherheit und Heiligkeit ein großartiger Ausdruck für den unerlöschlichen Besitz der ewigen Wahrheit.

Dr. Willy Oeser.

Badische Chronik

Die badisch-saarländischen Beziehungen

Auf Einladung des hiesigen Badener Vereins, des St. Johanner Sängerbundes und des Bischmisheimer Sängerklosters hielt in Saarbrücken am vergangenen Sonntag Verkehrsleiter Lacher-Karlsruhe vor einer zahlreichen Zuhörerschaft einen interessanten und lehrreichen Vortragsabend über das Badener Land, über die Landeshauptstadt Karlsruhe und ihre nähere und weitere Umgebung sowie schließlich über den „Badener Heimattag Karlsruhe 1930“, dessen Programm er eingehend erläuterte. Die Veranstaltung nahm die Ausführungen des Redners mit Beifall auf, zumal eine Reihe schöner Bilder vom badischen Schwarzwalde, von den bedeutendsten badischen Städten und von Karlsruhe selbst gezeigt wurden. Verkehrsleiter Lacher, Vorsitzender des Badener Vereins, sprach namens der Anwesenden für das Gebotene seinen Dank aus, worauf im Rahmen eines stimmungsvollen Heimatabends ein ausgedehntes Programm mit musikalischen Darbietungen, Gesangsvorträgen und Trachtenmärschen die badischen und saarländischen Landsleute noch in geselliger Weise vereinigten.

Am Laufe des Abends nahm Verkehrsleiter Lacher Gelegenheit, den Saarländern für ihre Zusage, am Welttreffen der Badener teilzunehmen, mit warmen Worten zu danken. Ebenso brachte er der Stadt Saarbrücken, die durch Verkehrsleiter Dr. Ruppert vertreten war, für ihre Unterstützung und ihr Entgegenkommen bei den Vorbereitungen zum Heimattag, insbesondere für ihre Beteiligung am Ausstellungsprogramm, seinen Dank und Anerkennung zum Ausdruck. Es ist begründete Hoffnung vorhanden, daß infolge des großen Interesses im Saarland ein Sonderzug zum „Badener Heimattag“ nach Karlsruhe geführt wird. Um die gegenseitigen Beziehungen zwischen Baden und Saarland noch weiter zu festigen, und den fremden Gästen auch das landschaftlich und industriell sehr interessante Saarland zu zeigen, wurde ferner beschlossen, nach den Festtagen in der badischen Landeshauptstadt auch einen Ausflug der Badener von Karlsruhe nach Saarbrücken mit einem Sonderzuge zustande zu bringen (Sonntag, 20. Juli); hierfür wird ein Programm ausgearbeitet, das sich mit einer Reihe von Darbietungen auf ein bis zwei Tage erstrecken soll.

Frostschäden an Reben

Zur Unterstützung beim Wiederaufbau der durch den Frost des Winters 1928/29 geschädigten Rebanlagen sollen, soweit die verfügbaren Mittel reichen, Landwirte und Winzer, die mit ihrem Einkommen in der Hauptsache auf den Rebbau und die Landwirtschaft angewiesen sind, eine Geldebeihilfe von 10 Pf. für jede bezogene und ausgepflanzte Wurzelrebe erhalten. Für die Gewährung dieser Beihilfe kommen nur solche Winzer in Betracht, denen mindestens 20 Prozent der Rebfläche durch den Frost vernichtet wurden und die in sich geschlossene Flächen mit Wurzelreben neuangelegt haben. Für das bloße Auspflanzen einzelner eingegangener Rebstöcke kann eine Beihilfe nicht gewährt werden. Winzer, die von der Beihilfe Gebrauch machen wollen, reichen ihren Antrag beim Bürgermeisteramt derjenigen Gemeinde, auf deren Gemarkung die frostgeschädigten und wieder instandgesetzten Rebpflanzungen liegen, ein. Nähere Auskunft erteilen die Bürgermeisterämter. Die Bürgermeisterämter übersenden die Anträge zum 1. Mai d. J. an die Bezirksämter, welche eine Überprüfung durch den zuständigen Landesökonomierat beantragen, der sich gegebenenfalls an Ort und Stelle davon zu überzeugen hat, daß die Bedingungen für die Gewährung der Beihilfe erfüllt sind. Spätestens zum 1. Juni d. J. sollen die Anträge dem Ministerium des Innern vorgelegt werden, das dann die Auszahlung der Beiträge beantragt.

Müllbrand in Weingarten

Weingarten (S. Durlach), 2. April. Heute früh kurz nach 5 Uhr brach in dem großen Müllanwesen der Firma Langenbacher ein Brand aus, der in kurzer Zeit das ganze Müllanwesen nebst Wohnhaus in Asche legte. Die Weingartener und die Karlsruher Feuerwehr, die mit einer Motorspritze am Brandplatz erschienen waren, mußten sich darauf beschränken, die Nachbargebäude vor dem Feuer zu schützen. Inventar und Vieh konnten gerettet werden. Der Schaden ist sehr beträchtlich, doch durch Versicherung gedeckt. Ueber die Ursache des Brandes ist nichts bekannt geworden.

Aus dem fahrenden Zuge gestürzt

Untergrombach, 2. April. Der in den sechziger Jahren stehende Schneider Karl Schäfer aus Bruchsal stürzte am Dienstag mittag zwischen 4 und 5 Uhr bei Untergrombach aus dem zwischen Karlsruhe und Bruchsal verkehrenden elektrischen Triebwagen. Er kam so unglücklich zu Fall, daß er bewußtlos zwischen den Schienen liegen blieb. Feldarbeiter hatten den Vorfall bemerkt und verständigten den Führer des hinterher kommenden Güterzugs, welcher dann den Bedauernswerten mit nach Bruchsal nahm, wo er ins Spital eingeliefert wurde.

Stettfeld, 1. April. (Die Spar- und Darlehens-Kasse) hatte am Sonntag zur Generalversammlung eingeladen, die auch gut besucht war. Die Steigerung des Umlages beweist das Vertrauen der Mitglieder. Die neu eingeführte Kinderparafasse hat erfolgreich gearbeitet. Die fahrgemäßen ausscheidenden Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder wurden wieder gewählt. Der Aufsichtsratsvorsitzende Oßfeld leitete die Versammlung.

Mingalsheim, 2. April. (Autounfall.) Dem Kraftwagenbesitzer K. am 1. von Metzingen fuhr in der Nähe des hiesigen Bahnhofs der Wagen über die Straßenboschung. Während der Zufahrt mit dem Schrecken davonkam, wurde der Wagen stark beschädigt.

Wiesental, 2. April. (Ein Kind überfahren.) Ein Motorabfahrer hat hier das 5jährige Kind des Zimmermanns August Wachauer überfahren und so schwer verletzt, daß der Arzt die Ueberführung in das Heidelberger Krankenhaus anordnen mußte.

Mannheim, 2. April. (Schwemer Sturz.) Am Treppenaufgang eines Hauses kam gestern ein 51 Jahre alter Bändler zu Fall. Er erlitt einen Schädelbruch und eine Weichteilmunde am Hinterkopf. Er wurde in lebensgefährlich verletzten Zustand ins Krankenhaus eingeliefert.

Forstheim, 2. April. Die am Samstag, 29. März, in der „Krone“ stattgefundene Generalversammlung der Spar- und Darlehens-Kasse hier war gut besucht. Aus dem Bericht der Verwaltung war zu entnehmen, daß die Kasse im verfloffenen Geschäftsjahr wieder gut gearbeitet hat. In den Spareinlagen, sowie andererseits in der großen Nachfrage nach Darlehen spiegelt sich aber sehr die gegenwärtige Wirtschaftskrise. Die Mitgliederzahl hat sich auf 858 erhöht; der Reingewinn betrug 72 027 M. Derselbe kommt als 6 Prozent Dividende auf die Geschäftsanteile zur Ausschüttung. Die Neuwahlen brachten eine wesentliche Veränderung. Der bisherige 1. Vorsitzende, Lorenz Reich, der 31 Jahre lang dem Verein vorstand, legte wegen vorgerückten Alters und geschwächter Gesundheit sein Amt nieder. Auf die weiteren Statutengemäß ausgeschiedenen Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder lehnten aus gleichen Gründen eine Wiederwahl ab. Zum 1. Vorsitzenden wurde Gem. Mitglied Anton Reich gewählt. Mit Worten des Dankes an die ausgeschiedenen Verwaltungsmittelglieder, insbesondere den bisherigen Vorsitzenden, und nach heftiger Debatte über die einzelnen Tagesordnungspunkte konnte die anregend verlaufene Generalversammlung geschlossen werden.

Schwer verletzt

Durmersheim (S. Rastatt), 2. April. Gestern abend wurde auf dem Wiesheimer Marktplatz ein junger 20 Jahre alter Mann, der bei der Schiffshausel beschäftigt ist, von einer Kutsche am Kopf getroffen und schwer verletzt. Der Arzt stellte einen Stirnbein- und Schädelbruch fest. Der Schwerverletzte wurde nach Karlsruhe ins Krankenhaus verbracht. Es besteht Lebensgefahr.

Schwerer Zusammenstoß

Ottenu (Gaggenau), 2. April. Der 17 Jahre alte Karitin Kuhnert aus Gernsbach fuhr am Sonntag vormittag auf der Straße Gaggenau-Ottenu. Untermwegs erlitt er einen Ohnmachtsanfall und verlor die Herrschaft über das Rad. In diesem Augenblicke kam ein Personenzug aus der Richtung Gaggenau, der mit dem Krügel den Radfahrer erfaßte und ihn zu Boden warf, sodas er eine Rippe und die linke Schulter brach. Außerdem erlitt er schwere Kopfverletzungen. Die gebrochene Rippe drang in den Herzbeutel ein. Der Verunglückte wurde ins Krankenhaus nach Gernsbach verbracht, wo er tödlich verletzt darniederliegt. Den Autofahrer trifft kein Verschulden.

50jähriges Jubiläum einer Ordensschwester

Ottenu bei Gaggenau, 2. April. Schwester Gislena aus der Kongregation der Niederbronner Schwestern konnte in der letzten Woche das seltene Fest des 50jährigen Jubiläums ihres Ordensprofesses begehen.

Emmendingen, 2. April. (Versuchter Selbstmord im Gefängnis.) Ein hier inhaftierter Kaufmann aus Worms öffnete sich in selbstmörderischer Absicht die Pulsadern. Dies wurde jedoch noch rechtzeitig entdeckt. Der Schwerverletzte mußte in das Bezirksgefängnis nach Freiburg (Krankenabteilung) überführt werden.

Engen, 2. April. (Vonder Presse.) Mit dem gestrigen Tage trat der langjährige Geschäftsführer des „Gegauer Erzählens“ in Engen, Georg Gottschall, nach 30jähriger Tätigkeit im Dienste des Blattes, in den wohlverdienten Ruhestand, den er in Engen bei seinem Sohn zu verbringen beabsichtigt. Sein Nachfolger wurde Redakteur König, bisher beim „Folger Seiten“ in Heidelberg.

Vermischte Nachrichten

Das zehnte Todesopfer der Trichinose

Stuttgart, 2. April. Der Inhaber des Restaurants „Königsstall“, wo der verhängnisvolle Bärenschinken gegessen wurde, Segger, ist gestern abend gestorben. Damit hat die Trichinose ein zehntes Opfer gefordert.

Neuenbürg, 31. März. (Autodiebstahl.) Samstag abend wurde in Forstheim das Auto eines Fabrikanten aus dem Einzelentwendet und am Sonntag vormittag in zertrümmertem Zustand auf der Hauptstraße unterhalb des Dreimarksteins aufgefunden. Der Sachlage nach hat der Täter, der inzwischen ermittelt wurde, nach der Entwendung des Kraftwagens verschiedene Schwarzfahrten ausgeführt, wobei er durch irgend einen Umstand auf eine Birne ausfuhr. Die Beschädigungen des Wagens sind sehr erheblich. (Lebensmüde.) In der Nacht vom Sonntag zum Montag wurde der etwa 40 Jahre alte Milchhändler Emil Koch in seiner Wohnung von seinen Angehörigen erhängt aufgefunden. Die sofort angestellten Wiederbelebungsvorläufe blieben erfolglos.

Das Opfer Tegnens noch immer nicht festgestellt.

Regensburg, 2. April. Die Regensburger Untersuchungsbehörde im Falle Tegner ist der Ueberzeugung, daß der vermählte Bergarbeiter Erich Gonsala aus Schrobenhausen in keiner Beziehung zu dem Opfer Tegner gebracht werden kann. Abgesehen davon, daß der von Tegner Ermordete nach der Aussage Tegnens keine Eltern mehr besitzen hätte, stimmte die von Tegner gegebene Personalbeschreibung mit jener des vermählten Bergarbeiters Gonsala in keinem Punkte überein.

sich ohne vorchriftsmäßigen Paß auf dem Wege nach Frankreich (s. h. r.). In Würth wurden beim Versuch, die Grenze zu erreichen, auf dem hiesigen Bahnhof zwei junge Leute im Alter von etwa 18 Jahren von der Gendarmerie verhaftet, die im Begriff waren, sich bei der Fremdenlegation anwerben zu lassen.

28 Fremdenlegionäre im Monat März

Winden (Südpfalz), 2. April. Wie wir erfahren, wurden von den südpfälzischen Gendarmerieformationen im Laufe des Monats März an der Grenze insgesamt 28 junge Leute angehalten, die sich ohne vorchriftsmäßigen Paß auf dem Wege nach Frankreich befinden, um sich dort zur Fremdenlegation anwerben zu lassen. Sie wurden den zuständigen Amtsgerichten wegen Fahrbrechens zur Aburteilung ausgewiesen bzw. von ihren Eltern, soweit sich die Festgenommenen in jugendlichem Alter befanden, zurückgeholt.

Ludwigshafen, 2. April. (Selbsttötungsversuch.) Der Erwerbslose zur Zeit auf Wanderschaft befindliche Installateur Wilhelm Wirth, 26 Jahre alt, von Hagen verübte in vergangener Nacht in einer Bedarfsanstalt einen Selbstmordversuch dadurch, daß er sich mit einer Messerlinke eine erhebliche statt blutende Verletzung am linken Arm beibrachte. Er wurde durch die Luftwache in das Krankenhaus verbracht. Lebensgefahr besteht nicht.

Schmugglerbande gefaßt.

Wien, 1. April. Der Polizei ist es gelungen, einer Schmugglerbande auf die Spur zu kommen und mehrere ihrer Mitglieder zu verhaften. Am letzten Samstag fiel einem Polizeigenossen ein betrunkenen Chauffeur auf, der mit seinem Wagen den Verkehr zum Sünden gebracht hatte. Der Fahrer wurde mit dem Wagen der Polizeiwache zugeführt, da er keine Ausweispapiere bei sich hatte. Bei der Untersuchung des Wagens entdeckte die Polizei, daß das Auto offenbar zum Schmuggeln verwendet wurde. Der Wagen war allein im Monat März einmal bei der Autobahnstation aufgegeben worden. Die weiteren Ermittlungen führten zur Entdeckung von zwei Lagern, die Tausende von belgischen Zigaretten enthielten. Es wurde weiter festgestellt, daß man es bei diesem Zigarettenhandel mit einer mehrfachen Bande zu tun hatte. Vier ihrer Mitglieder sind bereits verhaftet worden. Die Festnahme eines fünften steht bevor. Es handelt sich um mehrfach verurteilte Revolutionsmissetäter, die, soweit festgestellt werden konnte, bei jeder Fahrt 100 000 Zigaretten über die Grenze gebracht hatten. Die überaus seltene Ware ist von Mittelspermeren der Schmuggler abgeholt worden, und zwar hier fast ausschließlich an Arbeitsnachtsstellen. Doch ist das Schmuggelgut auch in anderen Städten, z. B. in Frankfurt a. M. vertrieben worden.

Gewerkschaftliches

Erfolge der christlichen Gewerkschaften im Saargebiet.

Auf den Saargruben mit Ausnahme der Inspektionen 4, 5 und 7 fanden die Ersthauptwahlen der Beisitzer für die vier Spruchkammern des Bergarbeitergerichtes statt. Das Ergebnis der Wahl ist folgendes:

Der christliche Bergarbeiterverband erhielt 13 787 Stimmen und 10 Mandate, der freie Bergarbeiterverband 15 760 Stimmen, 7 Mandate. Im Jahre 1925 erhielt der christliche Bergarbeiterverband 6506 Stimmen und 5 Mandate und der freie Verband 9200 Stimmen und 10 Mandate. Somit bedeutet das Ergebnis vom Jahr 1930 einen ganz erheblichen Fortschritt des christlichen Bergarbeiterverbandes.

Amtliches

Ministerium der Finanzen

Baßer- und Straßenbaudirektion

Verfekt: Die Regierungsbauräte Otto Breidt beim Rheinbauamt Mannheim zur Baßer- und Straßenbaudirektion nach Karlsruhe; Oskar Kieglitz, zur Zeit bei der Redarbauverwaltung, zum Rheinbauamt Mannheim; Hermann Lohr beim Kulturbaumeister Karlsruhe zur Baßer- und Straßenbaudirektion mit dem Dienstsitz in Rechl, Richard Mayer bei der Baßer- und Straßenbaudirektion, und Gustav Schneider beim Baßer- und Straßenbauamt Waldshut zum Rheinbauamt Freiburg; Obergeometer Wilhelm Raub beim Vermessungsamt Forstheim zur Baßer- und Straßenbaudirektion; die Baßerbaumeister Karl Verlich in Waldshut zum Rheinbauamt Freiburg; und August Dannerer in Mannheim nach Neuenburg.

Wetterbericht

Karlsruhe, 2. April. Ein über Nordosteuropa verankertes Hochdruckgebiet und eine über dem Nordatlantik lagernde große Zyklone sind gegenwärtig die Aktionszentren der Witterung Europas. Unser Gebiet befindet sich seit 2 Tagen an der Grenze zwischen beiden Zentren im Bereiche einer sehr milden Südströmung. Nordwestliche Hochdruckgebiete haben unsere Witterung bisher nicht nachhaltig beeinflussen können. Auch ein von der Ostsee nach der Rheinmündung gezogenes Tiefdruckgebiet wird außer zeitweiliger Bewölkung voraussichtlich keine wesentliche Veränderung des milden und vorwiegend trockenen Wetters bringen.

Wetterausblick für Donnerstag: Fortdauer der vorwiegend trockenen und milden Witterung, zeitweilig wolfig, frische südwestliche Winde.

Vogelmord in Belgien.

Eine in Brüssel angestellte Untersuchung hat ergeben, daß in Belgien in einem Jahre etwa 25 Millionen Vögel, darunter 12 000 Drosseln, 30 000 Amseln, 400 000 Lerchen, 1 500 000 kleinere Singvögel, wie Finken, Kottelknecht, und 225 000 Stare gefangen worden sind. Das belgische Tierchutzgesetz verbietet nur das Halten von geblendetem Vögeln.

Holländisches Schiff westlich der Azoren in Seenot.

Rotterdam, 1. April. Der Dampfer „Benedict“ kreibt infolge einiger schwerer Stürme, die er in den letzten Tagen durchgemacht hat, und die ihn schwer beschädigten, 700 Meilen westlich der Azoren steuerlos umher. Die Holland-Amerika-Linie, der das 6900 Tonnen große Schiff gehört, teilt mit, daß von den Azoren und von Queenstown aus zwei holländische Schnelldampfer dem in Seenot befindlichen Schiff zu Hilfe eilen. Der Dampfer hatte am 9. Januar Rotterdam mit der Bestimmung nach Boston verlassen.

Panflavin
PASTILLEN
(Acridinumderivat)

Zum Schutz gegen Halsentzündung und Erkältung

Die Abreise der deutschen Grönland-Expedition.

Kopenhagen, 1. April. Die Abreise der deutschen Grönland-Expedition unter der Leitung von Professor Alfred Wegener erfolgte bei strahlendem Frühlingwetter. Bekannte Polar- und Grönlandforscher, wie Peter Freuchen, Lange, Koch, Einar Mikkelsen und Gustavholm sowie andere dänische Vertreter der Polarforschung hatten sich zur Verabschiedung der Expedition eingefunden. Auch die Reiseskameraden Professor Wegeners von der Danmark-Expedition 1906 waren anwesend. Frau Wegener und die Gattinnen der übrigen Expeditionsteilnehmer begleiteten die Expedition bis Helsingör, wo sie mit dem Lotfenboot an Land gesetzt wurden.

Es war nicht einfach gewesen, die Ausrüstung der Expedition an Bord unterzubringen. Die beiden großen Propeller-Schiffen, die die Expedition mitnimmt, mußten in Kisten im Zwischendeck verpackt werden. Die 25 Pferde, die mitgeführt werden, wurden in engen Ständen, meist zu vier, eingesperrt. Die Expedition hat auch eine Anzahl empfindliche wissenschaftliche Apparate sowie Dynamit, Benzin und andere Stoffe der Art auf die Reise mitgenommen. Der Dampfer „Disco“ wird zunächst Reykjavik anlaufen, wo noch drei Isländer sowie Pferde an Bord genommen werden sollen. Von Reykjavik wird der Dampfer auf den Hafen Umanak in Dänisch-Nordwest-Grönland Kurs nehmen. Dieser Hafen ist als Bestimmungsort für die Wegenerische Expedition gedacht.

Ausbreitungen streifender Fleischergesellen in Posen.

Posen, 2. April. Hier streifen seit 14 Tagen die Fleischergesellen. Die Arbeitgeber sind unnachgiebig und wollen die verlangte 40prozentige Aufbesserung nicht gewähren. Es kam bereits wiederholt zu Zusammenstößen. So ist gestern das größte Fleischwarengeschäft in Posen, Dawidowski, von hungrigen Gesellen gestürmt worden. Die Streikenden drangen in die Werkstätten, verprügelten die Arbeitswilligen und zerstörten die Einrichtungen. Der Schaden ist sehr groß. Polizei zu Pferde und zu Fuß ging mit blanker Waffe gegen die Streikenden vor; es wurden auch mehrere Verhaftungen vorgenommen. Die Fleischergesellen setzten sich zur Wehr und verletzten mehrere Polizeibeamte. In der Nacht kam es abermals zu Ausschreitungen in der Gerberstraße, wo sich das große städtische Schlachthaus befindet. Auch hier mußte die Polizei wieder eingreifen.

HANDEL / WIRTSCHAFT / VERKEHR

Die Reichsbahn vor der Tarifierhöhung

Eine Rede des Reichsbahnpräsidenten — Steigende Personallasten, für eine gefährliche Drosselung der Sachausgaben

Vor dem Industrie-Klub zu Düsseldorf machte Generaldirektor Dr. Dorpmüller bemerkenswerte Ausführungen über aktuelle Reichsbahnfragen. „Das Kommuniqué unserer letzten Verwaltungsratssitzung ist bekannt, wonach die nun schon seit Jahren dauernde Einschränkung der Ausgaben fortgesetzt und noch verschärft werden soll. Dadurch soll eine Defizitwirtschaft mit allen ihren zerstörenden Folgen unter allen Umständen vermieden werden. Die deutsche Wirtschaft hat nun schon seit Jahren unter diesen Drosselungen zu leiden. Immer wieder haben die uns durch Reichstagsbeschlüsse und Schiedssprüche auferlegten neuen Lasten uns zu Einschränkungen gezwungen.

Seit Errichtung der Gesellschaft sind die Personallasten um jährlich rund 750 Mill. RM. erhöht worden; die Sachausgaben dagegen, die den größten Teil der Aufträge an die Wirtschaft darstellen, sind trotz der gestiegenen Preise und Löhne nicht gesteigert worden. Ueber den Index gerechnet, betragen die sächlichen Ausgaben in 1929 sogar um 266 Mill. RM. weniger als in 1925. Diese Einschränkungen bedeuten aber nichts anderes, als daß wir, um die Schiedssprüche zugunsten unserer eigenen Arbeiter durchzuführen, an und für sich notwendige Arbeiten unterlassen, also die Arbeiter von Reichsbahn-Lieferfirmen brotlos machen. Es ist in früheren Zeiten eine der vornehmsten Pflichten der Eisenbahnen gewesen, gerade in Zeiten sinkender Konjunktur durch große Aufträge der Volkswirtschaft zu Hilfe zu kommen. Das lag im beiderseitigen Interesse; denn in solchen Zeiten lagen auch für die Eisenbahnen die Preise günstig. Dieser hohen Pflicht können wir heute nicht mehr nachkommen.

Was uns an Mitteln zur Verfügung steht, wird an diejenigen Stellen geleitet, die für die Sicherheit des Betriebes von Bedeutung sind. Das große Gebiet der Anlagen aber, das vom Zugverkehr wenig berührt wird, wie Güterschuppen, Freiladestraßen, Lokomotivschuppen, Bekohlungs- und Wasseranlagen, Dienstwohnungen, Hochbauten, Gleisanlagen auf Abstellbahnhöfen usw. leidet in hohem Maße Not.

Wir haben vor der letzten Tarifierhöhung 1928 uns bereit erklärt, den Bedarf von 400 Millionen RM. Mehreinnahmen auf 250 Mill. RM. herabzusetzen, um der deutschen Wirtschaft eine große Belastung zu erleichtern. Dieser gute Wille ist schlecht belohnt. Die Ausgaben für die Arbeiter sind um weitere 55 Millionen gesteigert worden. Wir waren deshalb gezwungen, am 8. Februar 1930 beim Reichsverkehrsministerium eine Tarifierhöhung erneut zu beantragen, die uns 150 Millionen Mehreinnahmen jährlich sichern soll.

Wie denkt sich nun die Reichsbahn die Verteilung der neuen Tarifierhöhung auf den Personen- und Güterverkehr?

Der Personenverkehr macht sich in allen zuschlagpflichtigen Zügen bezahlt. Die Schnellzüge waren im Jahre 1928 einen Gewinn von 19 Millionen, die Eilzüge einen solchen von 13 Millionen ab. Dagegen sind die Einnahmen aus der Personenbeförderung in den nicht zuschlagpflichtigen Personenzügen nicht ausreichend, um die hierauf entfallenden Ausgaben voll zu decken. Es bleibt hier ein ungedeckter Betrag von jährlich 304 Millionen RM. Die Ausfälle des Personenzugverkehrs sind zum größten Teil dadurch veranlaßt, daß nahezu drei Fünftel aller Reisenden Fahrpreisermäßigungen genießen, darunter 43 Proz. in Form von Monats- und Arbeiterwochenkarten. Die Tarife

für diese Zeitkarten sind bei der letzten Tarifierhöhung gesenkt worden, obgleich sie noch auf der Grundlage der inzwischen abgeschafften alten 4. Klasse aufgebaut waren. Die allgemeine Gerechtigkeit erfordert, daß diese Sätze bei einer Erhöhung der Tarife getroffen werden. Es ist undenkbar, daß dieser Massenverkehr, an den sich kein Auto wegen der Unrentabilität heranwagt, und der einen gewaltigen Wagenpark erfordert, der den größten Teil des Tages stillsteht, auf Kosten der anderen Fahrgäste bezahlt wird. Auch nach Erhöhung dieser Tarife bleiben die Einnahmen aus diesem Verkehr hinter den Selbstkosten der Reichsbahn zurück.

Betreffs der zu erhöhenden Gütertarife haben wir dem Reichsverkehrsminister vorgeschlagen, die Gütertarife nicht prozentual gleichmäßig heraufzusetzen, sondern die Erhöhung nach den Klassen abzustufen. Was zunächst den Normaltarif anlangt, so sollen die Wagenladungsklassen A und B, deren Güter dem Wettbewerb des Kraftwagens ganz besonders ausgesetzt sind, überhaupt gesenkt werden, die Frachten der von diesem Wettbewerb ebenfalls noch stärker bedrohten Klasse C um 2 Proz., die Frachten der Klassen D um 5 Proz., E um 7 Proz., F und G um 9 Proz. erhöht werden. Die Stückguttarife sollen unter entsprechender Belastung systematisch neu geordnet werden.

Gegenüber wiederholt laut gewordenen Einwänden von Wirtschaftskreisen gegen die starke Ueberbelastung der unteren Gütertarifklassen kann ich darauf hinweisen, daß auch eine prozentual gleichmäßige Erhöhung für alle Klassen einen Aufschlag von 8 Proz. auf die jetzigen Frachten nötig machen würde. Die unteren Klassen werden also nach dem Vorschlag der Hauptverwaltung nur um 1 Proz. stärker herangezogen. (Siehe demgegenüber den Artikel „Vor einem Umbau der Reichsbahntarife“ in Nr. 84 des B. B.).

Gestatten Sie mir nun, einen Blick auf die Ausgabeseite der Reichsbahn

zu werfen. Sie werden fragen, wie kommt es, daß trotz jährlich wachsender Einnahmen wieder eine Tarifierhöhung nötig wird, wo unsere Einnahmen bleiben. Die Ausgaben für das Personal sind seit Gründung der Gesellschaft bis heute um rund 750 Millionen im Jahr gestiegen, d. h. von 2250 Mill. im Jahr 1924 auf 2998 Mill. im Jahr 1929. In derselben Zeit stiegen infolge des wachsenden Verkehrs und infolge der nötig gewordenen Tarifierhöhungen die Einnahmen um 700 Millionen. Das heißt also, sämtliche Mehreinnahmen kamen dem Personal zugute und darüber hinaus mußten zu seinen Gunsten auf anderen Gebieten die Ausgaben um 50 Millionen eingeschränkt werden. Die Drosselungen der Ausgaben auf sächlichem Gebiet rühren aber schon an die Grundlagen unseres Gebäudes. Und schließlich haben wir ein Interesse daran, daß die Millionen von Arbeitern der Industrie, die uns jahrelang treu beliefert haben, nicht in Arbeitslosigkeit verfallen. Denn letzten Endes ist unser Personal und das Personal unserer Lieferanten durch Schicksalsgemeinschaft eng miteinander verbunden, indem die Wirtschaft uns die Transportgüter liefert.

Auf jeden Fall hat bei der Reichsbahn die Lehre sich als falsch erwiesen, die besagt, daß man durch Erhöhung der Löhne und Gehälter und durch Verkürzung der Arbeitszeit den Konsum steigern und die Wirtschaft ankurbeln könne.

geschäften, darunter der Firma Fuchs-Schube, in Leipzig mit der Firma Nordheimer und auch im übrigen Reich mit einer großen Anzahl von Schuhgeschäften. Sie sind in der Kalkulation an die Firma Heß gebunden, behalten aber sonst ihre volle Selbstständigkeit.

Anhalten der Insolvenzwelle. Die Zahlungsschwierigkeiten zeigen nach der Statistik der „Frankf. Ztg.“ auch im März eine weitere Erhöhung. Die Zahl der Konkurse beträgt 1167 (Februar 1136, Januar 1130); die Vergleichsverfahren haben sich um mehr als 100 erhöht auf 730 (Februar 617, Januar 548).

Konkurse. Nachlaß Johann Weber, Metzger und Wirt in Reichenbach. — Küfermeister und Gastwirt Robert Bueb in Neuenburg a. Rh. — Fa. Robert Kiehle, Weingroßhandlung in Pforzheim.

Börsen

Berlin, 2. April. Der Handelskammerbericht für März ließ eine Besserung der Wirtschaftslage noch nicht erkennen, und die Konkursziffern des letzten Monats hatten sich sogar etwas erhöht, allerdings meldeten die Auslandsbörsen festere Tendenz, doch konzentrierte sich auch heute wieder das Hauptinteresse der Börse auf die Politik. Man erwartet eine baldige Klärung der Lage und erhofft von der neuen Regierung Vorteile für die Wirtschaft. Der offizielle Verkehr eröffnete in fester Haltung, die sich kursmäßig in mehrprozentigen Gewinnen auswirkte. Einige Spezialwerte erfreuten sich in- und ausländischen Interesses, das Geschäft hatte zugenommen, doch war von einer stürmischen Hausse nicht die Rede, wenn sich auch infolge der leeren Märkte erhebliche Besserungen ergaben. Auf die 2prozentige Dividenderhöhung und den guten Abschluß zogen Conti Gummi um 5 Proz. an. Elektrowerte waren von schweizer Seite gesucht und gewannen bis zu 5 Proz., Chadeaktien plus 6 M. Auch Spiritwerte zeigten weiter feste Veranlagung und erhöhten sich bis zu 5,5 Proz. Farben lagen lebhaft und 4 Proz. gebessert. Montane hatten heute erstmals wieder etwas größere Umsätze. Nach den ersten Kursen erhofft das Geschäft eine weitere Belebung. Werte wie Siemens, Aki, Schubert u. Salzer, RWE, Ostwerke und Bemberg besserten sich unter Schwankungen um ca. 2 Proz. Der Reichsbankausweis per Ultimo März brachte keine zahlenmäßige Bestätigung der ungemein leichten Ueberwindung dieses Termins. Später ließ das Geschäft allgemein etwas nach und es kam, besonders am Montanmarkt, zu leichten Abbröckelungen. Anleihen freundlich. Neubesitzanleihe im Verlauf 10,95 Proz. anziehend.

Frankfurt a. M., 2. April. Die Abendbörse eröffnete schon in etwas schwächerer Haltung. Im Hinblick auf die innerpolitische Lage war die Spekulation zurückhaltend und schritt im Zusammenhang mit Gewinnsicherungen an einzelnen Märkten zu Abgaben, so daß gegen den Berliner Schluß Abschläge bis zu 1,5 Proz. eintraten. I. G. Farben eröffneten 1,75 Proz. niedriger. Offizielle Notierungen kamen zunächst nur wenige zustande, da das Geschäft beengt war. Die Rentenmärkte lagen still. Der Frank notierte heute 16,403. Im Verlaufe traten erneut kleine Abschläge ein, so daß die Verluste insgesamt bis zu 2,5 Proz. cirka gingen.

Das Sparkassenjahr 1929

Psychologische Hemmungen der Sparrätigkeit, aber trotzdem 2,2 Milliarden Einlagenzuwachs. — Notwendigkeit einer ausreichenden Liquiditätsvorsorge. — Die Inanspruchnahme durch die Kommunen.

Der Geschäftsbericht des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes und seiner Bankanstalt, der Deutschen Girozentrale — Deutschen Kommunalbank —, hebt hervor, daß im Wirtschaftsjahr 1929 psychologische Einflüsse störend auf die Sparkassentätigkeit einwirkten. Beunruhigung über den Ausgang der reparationspolitischen Verhandlungen und über die Entwicklung der Reichsfinanzen führten vorübergehend in weiten Kreisen der Bevölkerung teils zur Zurückziehung ihrer Guthaben bei den Sparkassen und zur Zurückhaltung neuer Einlagen, teils sogar zur Kapitalflucht. Die leichte Möglichkeit der Störung einer ruhigen Einlagenentwicklung zeigt in gleicher Weise, wie berechtigt die Bedenken der Sparkassenorganisation gegen eine zu starke Festlegung der Sparkassenmittel in langfristigen Anlagen sind und wie notwendig eine ausreichende Liquiditätsvorsorge für die Sparkassen ist.

Der Bericht der Abteilung für das Sparkassenwesen gibt zunächst eine Analyse der Spareinlagenentwicklung im Jahre 1929. Die Tiefpunkte der Einlagenbewegung sind die Monate Mai und Dezember. Die Verringerung des Zuwachses ist durch erheblich gegenüber den Vorjahren verstärkte Auszahlungen hervorgerufen. Angesichts der erwähnten ungünstigen politischen und wirtschaftlichen Momente muß die Einlagenentwicklung, die einen absoluten Zuwachs von 2,02 Milliarden RM. (nach Abzug der Zinsen und Aufwertungsbeiträge 1,46 Milliarden) aufweist, als befriedigend bezeichnet werden.

Dem verstärkten Wettbewerb um das Sparkapital

haben die Sparkassen durch Ausbau ihres Sparkassennetzes und durch intensivere Werbung Rechnung getragen. Auf Grund umfangreicher Vorarbeiten technischer und mathematischer Art wurden in fast allen Verbandsbezirken öffentliche Bausparkkassen errichtet. Auf dem Gebiete der Wohnungsbaufinanzierung stellten auch 1929 die Sparkassen mit schätzungsweise 700 Mill. RM. den relativ größten Anteil erstellter Hypotheken. Da insgesamt der Realkredit die normale Grenze von 40 Proz. der Spareinlagen sogar im Reichsdurchschnitt bereits weit überschritten hat,

kann angesichts der vermehrten Liquiditätsverhältnisse eine noch stärkere Betätigung der Sparkassen im Hypothekarkredit zurzeit nicht verantwortet werden.

Die vorübergehend stärkere Pflege des Kommunalkredits im Rahmen der gegenwärtig laufenden Konsolidierungsaktion bedeutet keine grundsätzliche Aenderung der Anlagepolitik der Sparkassen. Das Uebergreifen der Deditbank auf das eigentliche Spargeschäft hat die Sparkassen stark beunruhigt und verstimmte. Die Sparkassen lassen sich von dem Standpunkt nicht abbringen, daß die systematische Aufnahme des Spargeschäfts durch die Banken sich mit dem Sinn des Wettbewerbsabkommens nicht vereinbaren lasse, und sie vermögen sich auch nicht damit abzufinden, daß die Großbanken, denen alle Geschäfte ohne jegliche Einschränkung erlaubt sind, das Spargeschäft ohne diejenigen Bindungen ausüben dürfen, die den Sparkassen durch Gesetz und Satzung auferlegt sind.

Der Bericht der Abteilung für das Girowesen stellt fest, daß der Bericht der Liquiditätspolitik der Girozentralen auf eine Belastungsprobe stellte, die durch die Erfüllung zweier in dem besonderen Arbeitsgebiet der Girozentralen liegenden Aufgaben verursacht und gekennzeichnet wurde. Einmal erfolgten erhebliche Abzüge von Guthaben seitens der Sparkassen

(so allein in der Zeit vom 15. März bis 31. August 1929 250 Mill.), zum anderen kamen verstärkte Ansprüche von den Kommunalverbänden infolge deren finanzieller Notlage. Die Girozentralen konnten aus eigener Kraft den Anforderungen entsprechen. Infolge des Fehlens langfristigen inländischen Kapitals und der vollständigen Absperrung vom Auslandskapitalmarkt konzentrierte sich der nicht mehr aufschiebende Kommunalkreditbedarf auf den Markt der kurzfristigen Kredite. Dabei wurde in zahlreichen Fällen von den Beschlüßkörperschaften der Kommunalverbände leider die finanztechnischen Voraussetzungen für Aufgabenerfüllung von kommunalpolitischen Standpunkt vielleicht berechtigt war, aber eine langfristige Finanzierung erforderliche, nur ungenügend beachtet. Dem Anschwelen der kurzfristigen Kommunalkredite (bei den Girozentralen allein bis auf 2,86 Mill.) versuchten die kommunalen Spitzenverbände gemeinsam mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband aus eigener Initiative durch eine Konsolidierungsaktion ein Ende zu setzen. Die eingeleiteten Maßnahmen bezweckten einmal, denjenigen Teil der kurzfristigen Kommunalkredite, der von den Kommunalverbänden zu festen Anlagen verwandt und dessen Abdeckung aus laufenden Etatsmitteln unmöglich war, durch langfristige Kredite zu ersetzen, zum anderen sollte die Wiederholung einer kurzfristigen Ueber-schuldung der Kommunalverbände durch Schaffung von kommunalen Kreditausschüssen

verhindert werden. Der Aufbau dieser neuen in das Genehmigungsverfahren eingeschalteten Zwischeninstanzen, in denen die kommunalen Spitzenverbände und die Girozentralen vertreten sind, ist elastisch und umfassend genug, um eine gesetzliche Reglementierung zum Schaden des Selbstverwaltungsgedankens unnötig zu machen. Soweit im übrigen heute schon ein Ueberblick über den Erfolg der Konsolidierungsaktion möglich ist, bei der die Sparkassen während eines beschränkten Zeitraums einen gewissen Teil des Einlagenzuwachses dem Kommunalkredit zur Verfügung stellen, kann erwartet werden, daß das gesetzte Ziel erreicht wird.

Warenmärkte

Berliner Produktenbörse vom 2. April. Weizen, märk. 263—265, Mai 277—277,50, Juli 285,50—287, Sept. 272—273, Roggen, märk. 164—166, Mai 185—183,50—185, Juli 197 bis 194—196,50, Sept. 197—198, Brauerste 180—183, Industrie- und Futtergerste 165—174, Hafer, märk. 160—170, Mai 180, Juli 190—191, Sept. 185—187, Weizenmehl 28,75—37, Roggenmehl 23—26, Weizenkleie 9,75—10,50, Roggenkleie 10—10,50, Viktoriaerbsen 20—25, kleine Speiseerbsen 18—20, Futtererbsen 16—17, Peluschnen 16,50—19, Ackerbohnen 16—17,50, Wicken 20—22,50, Lupinen, blaue 14—15,50, gelbe 19—21, Seradella, neue 33—37, Rapskuchen 14—15, Leinkuchen 18,30—19, Trockenschrot 7—7,30, Soyaextraktionsschrot 15,20—15,60, Kartoffelflocken 14—14,50.

Berliner Metallbörse vom 2. April. Elektrolytkupfer 170,50, Raffinadekupfer 148—149,50, Standardkupfer 134—135, Standard-Blei per April 37,25—38,25, Original-Hütten-Aluminium 190, desgl. in Walz- oder Drahtbarren 194, Bank-, Straits-, Australzinn 170, Reinnickel 350, Antimon-Regulus 57—60, Silber 57,50—59,50, Gold im Freiverkehr per 10 Gramm 28 bis 28,20, Platin im Freiverkehr per 1 Gramm 6,50—8,50.

Beträchtliche Ultimoanspannung der Reichsbank

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 31. März hat sich in der Ultimowoch die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 708,4 Mill. auf 2362,0 Mill. RM. erhöht. Es ist dies eine ganz beträchtliche Anspannung, wenn man bedenkt, daß die Neubelastung Ende Februar 613 Mill., Ende Januar 364 Mill. betrug. Die Neubelastung ist am Quartalsultimo allerdings immer stärker. Dazu kommt, daß die Diskontermäßigung jetzt doch ihre Wirkung tut. Die Gesamtbelastung ist jedoch immer noch etwas geringer als Ende Februar. Im einzelnen haben die Bestände an Reichsschatzwechseln um 14,8 Mill. auf 14,8 Mill. RM., die Bestände an Handelswechseln und Schecks um 348,0 Mill. auf 2052,7 Mill. RM. und die Lombardbestände um 145,7 Mill. (145,7) auf 201,3 Mill. RM. zugenommen. An Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen zusammen sind 738,8 Mill. RM. in den Verkehr abgeflossen, und zwar hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 696,4 Mill. auf 4805,6 Mill. RM., derjenige an Rentenbankscheinen um 42,4 Mill. RM. auf 362,3 Mill. RM. erhöht. Die fremden Gelder zeigen mit 456,6 Mill. RM. eine Abnahme um 136,5 Mill. RM. Die Bestände an Gold und Deckungsdevisen zusammen haben sich um 59,9 Mill. auf 2882,5 Mill. RM. vermindert, und zwar haben die Goldbestände um 4,1 Mill. auf 2495,9 Mill. RM. zugenommen, die Bestände an deckungsfähigen Devisen um 64,0 Mill. auf 386,6 Mill. RM. abgenommen. Die Deckung der Noten durch Gold allein betrug 51,9 gegen 60,6 Proz. in der Vorwoche und 51,8 Proz. Ende Februar, diejenige durch Gold und deckungsfähige Devisen 60,0 gegen 71,6 Proz. bzw. 59,9 Proz.

Wirtschaftsschau

Angestelltenabbau bei Daimler-Benz Mannheim. Die Betriebsleitung von Daimler-Benz hat 20 kaufmännischen Angestellten die Kündigung zugestellt. Es handelt sich zum Teil um Angestellte, die lange Jahre bei der Firma beschäftigt sind. Es wurde ihnen eine Weiterbeschäftigung im Arbeitsverhältnis angeboten. Die Maßnahme wird mit der ungünstigen Wirtschaftslage begründet und weil die Zahl der Angestellten gegenüber der eingeschränkten Belegschaft zu groß ist.

Brown-Boveri A.-G. Mannheim. Der auf den 9. Mai einzuberufende Generalversammlung wird für das Geschäftsjahr 1929 aus dem Reingewinn von 2 436 737 RM. eine Dividende von wieder 9 Proz. auf das erstmalig dividendenberechtigte Aktienkapital von 25 Mill. RM. vorgeschlagen. Die Pensionkasse erhält durch die Verwaltung für 1929 vorweg eine Zuweisung von 250 000 RM. Die Abschreibungen auf Anlagen beliefen sich auf 1 881 326 (i. V. 1 810 000). Bei wiederum gesteigertem Absatz im vergangenen Geschäftsjahr tritt die Gesellschaft mit einem erhöhten Auftragsbestand in das neue Geschäftsjahr ein.

Direktverkehr zwischen Schuhfabrik und Einzelhandel. Die Schuhfabrik M. & L. Heß A.-G. in Erfurt ist schon seit einiger Zeit mit dem System der Alleinverkaufsverträge übergegangen, das sie nun noch weiter auszubauen gedenkt. Solche Verträge bestehen in Berlin bereits mit fünf Detail-

Karlsruher Nachrichten

Donnerstag, den 3. April 1930

Die schönen Missionstage gehen langsam ihrem Ende zu!

Katholische Männer und Jungmänner, groß war bis jetzt die Beteiligung, jeder Abend brachte immer zahlreichere Scharen in die Kirchen. Aber noch stehen Einzelne beiseite. Sorgt dafür, dass auch diese noch erfasst werden und in die Predigten kommen.
Am Freitag abend 8 Uhr ist die schöne Sakramentsfeier mit der Huldigung der Männerwelt vor dem Allerheiligsten.
Am Samstag abend 7/9 Uhr ist die herrliche Muttergottesfeier mit der Weihe an Maria.
Katholische Männer und Jungmänner, gebt der letzten Missionswoche noch einen machtvollen Abschluß durch eure geschlossene Teilnahme an den Predigten und beim Sakramentenempfang!

Amerikaner kommen nach Karlsruhe

Zum „Badener Heimattag“.

Die Geschäftsstelle des „Badener Heimattag“ teilt uns mit, daß im Laufe der nächsten Monate und besonders zum Welttreffen der Badener mehrere amerikanische Reisegesellschaften der badischen Landeshauptstadt einen Besuch abstatten werden. So trifft der Schwäbische Sängerbund Brooklyn am 5. Juni in Karlsruhe ein und hält sich hier drei Tage auf. Am 27. und 28. Juni reisen die Teilnehmer der „Bay Ridge Travel Association, New York“ in unserer Stadt, worauf zum Heimattag am 11. Juli der Frauenbergnüchternverein Brooklyn und der Badische Volksfestverein New York zu erwarten sind. Außerdem kommen zum Welttreffen der Badener Mitglieder des Badischen Unterstützungsvereins der Südseite Chicago, der Badischen Harmonie New York, des Badischen Unterstützungsvereins New York, des Badischen Männerchors Rochester, des Badischen Volksfestvereins Newark, des Badischen Unterstützungsvereins St. Louis und des Badischen Unterstützungsvereins Cincinnati.

Schwerer Verkehrsunfall

Eine Witwe beim Überqueren der Kaiserstraße von einem Motorradfahrer angefahren.

Gestern mittag kurz nach 12 Uhr wurde eine Witwe von hier beim Überqueren der Kaiserstraße bei der Ritterstraße von einem Motorradfahrer angefahren. Sie erhielt dabei einen Stoß mit der Lenkstange und kam dadurch so unglücklich zu Fall, daß sie einen schweren Schädelbruch davontrug. Vorübergehende brachten sie in den Hausarzt des Kaufhauses Tesch, von wo sie kurz darauf mit dem Krankenauto nach dem Städt. Krankenhaus verbracht wurde. Es besteht Lebensgefahr. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Krankengottesdienst in St. Bonifat

„Kommet alle zu mir, die ihr mühselig und beladen seid; ich will euch erquicken.“ In reichstem Maße durften unsere lieben Kranken diese Erquickung des göttlichen Heilandes, des Freundes der Kranken, erfahren im Krankengottesdienst, der im Rahmen der hl. Mission alle Kranken der Pfarzgemeinde St. Bonifat am letzten Dienstag in die Pfarrkirche zusammenrief.
Krankengottesdienst — für uns ein neuer, vielleicht feltamer Gedanke! Wie bei allen Neuerungen gab es auch bei dieser Gelegenheit Menschen, die der Sache von vornherein skeptisch und misstrauisch gegenüberstanden. Angesichts dieser und vieler anderer Schwierigkeiten, die dem Unternehmen von Anfang an hemmend in den Weg traten, ist es uns ein Bedürfnis, unsern Bericht ein Wort ehrender Anerkennung und herzlichsten Dankes für unsern verehrten Seelsorger, den hochw. Herrn Stadtpfarrer Dr. Doll, vorauszusenden, der in unermüdlichem Eifer diesen hohen Gedanken verfolgte und in hervorragender Weise zur Durchführung gebracht hat. Und wer die beglückten Augen der Kranken schauen durfte, die Tränen der Freunde und Dankbarkeit vergossen, der wurde selbst von dankbarer Freude ergriffen.
Nachdem am Montag die Kranken durch Hausbesuche der hochw. Herren Missionare auf den Empfang der hl. Kommunion vorbereitet worden waren, fanden sie sich am Dienstag den 1. April, morgens um 9 Uhr, zum feierlichen Krankengottesdienst zusammen. In Autos, die mehrere Mitglieder der Gemeinde in dankenswerter Weise zur Verfügung stellten, wurden sie zur Kirche gebracht. Ein Wort herzlichsten Dankes gebührt an dieser Stelle vor allem den ehrw. Schwestern von St. Rioba und vom Franziskushaus, die sich so opferfreudig in den Dienst der Kranken stellten und überall zur Stelle waren, wo es galt, einen Dienst der Liebe zu tun.
Die Schwerkranken durften in Liegestühlen liegend dem Heiligsten am nächsten sein; sie fanden ihren Platz im Chor der Kirche. Zu Beginn der hl. Messe wurde jedem Einzelnen der Krankenbesuch erteilt. Hochw. Herr Missionar Vater Schmitt S. J. hielt darauf eine kurze Ansprache in der er den Kranken das Bild des leidenden Heilandes lebendig vor die Seele stellte und besonders betonte, daß der Kranke in seinem Leiden nicht denken soll, er sei ausgeschlossen und wertlos, sondern im heiligen Apokalypse des Opfern und Wetens solle er seinen Beruf erblicken. Jetzt bei der hl. Messe soll er all seine Leiden mit dem Priester auf die Opferpatene legen und in der hl. Kommunion wird der Herr selbst ihm reichster Lohn sein für dieses Opfer und ihn härten mit übernatürlicher Kraft, daß er fähig sei, in Zukunft sein Kreuz freudig zu tragen.
Nachdem der Heiland in der hl. Kommunion zu ihnen allen gekommen war, wurde der sakramentale Segen erteilt. Mit dem Lied „Meinen Jesus laß ich nicht“ nahm die erhabene Feier einen würdigen Abschluß.

85. Geburtstag.

Eine langjährige Abonnentin und treue Leserin des „Badischen Beobachter“, Frau Bahmeister Söhling (Wohnort im St. Josefshaus, Winterstraße 29, hier), kann am heutigen Donnerstag in guter Gesundheit und geistiger Frische ihren 85. Geburtstag feiern. Die Redaktion des „B.“ gratuliert der Jubilarin zu diesem seltenen Jubiläum und wünscht ihr auch für die Zukunft noch alles Gute!

Die Berufsfeuerwehr war im Monat März in Tätigkeit: Großfeuer 3, Kleinfelder 2, Schornsteinbrände 5, Gesamtalarme 10. — Kranfentransporte 222.

Das Großfeuer in Weingarten

Zatkräftige Hilfe der Karlsruher Berufsfeuerwehr

Am 5.30 Uhr gestern früh ertönte Alarm, der einen verhältnismäßig starken Ueberlandlöschzug unserer Berufsfeuerwehr zu einem Großfeuer in Weingarten zu nachbarlicher Hilfeleistung anforderte.

In flotter Fahrt ging es mit einem der beiden neuen Hilfskraftwagen mit angehängter großer Kesselmotorpumpe von 1200-Liter-Minuten-Förderleistung über Durlach dem Ziele entgegen. Leider verzögerte eine Reparaturstunde auf der Straße hinter Durlach die Fahrt beträchtlich, so daß der dem Löschzug vorausfahrende hiesige Branddirektor den Brandplatz um nahezu 1/2 Stunde früher erreichte als sein Ueberlandlöschzug.

Beim Eintreffen des Ersteren fand dieser das große in geschlossener, quadratischer Bauweise angelegte Mühlengrundstück der Familie Langendörfer im vollen Umfang lichtlos brennend vor. Die freiwillige Feuerwehr Weingarten bemühte sich diesem Feuer gegenüber mit unzureichenden Lösch-einrichtungen durch Wasserentnahme mit einer Hochleitung aus dem Mühlgraben und einer zweiten Schlauchleitung aus dem in der Nähe liegenden Unterflurhydranten. 25 Minuten nach Eintreffen des Branddirektors der Karlsruher Feuerwehr gelangte der Ueberlandlöschzug an der Brandstelle an. Es wurden sofort nach Zustellungbringen der großen Motorpumpe zum energischen Innenangriff zwei 75-Millimeter-Hochleitungen und zur Bedienung der Nachbaranwesen zwei weitere 52-Millimeter-Hochleitungen eingeführt.

Es gelang vor allem das Feuer in dem Wohngebäude, das mit dem eigentlichen Mühlengebäude in direkter offener Verbindung stand, einzudämmen.

So daß es späterhin noch möglich war, unter anerkennenswerter Mithilfe der freiwilligen Feuerwehr Weingarten, sämtliche Mobilien aus dem Obergeschoß des Wohngebäudes in Sicherheit zu bringen. Die Einrichtung des Obergeschoßes, sowie die ganze Deckenkonstruktion waren schon vor Eintreffen der Berufsfeuerwehr dem Feuer zum Opfer gefallen. Den später eingehenden Vereinten Bemühungen der Karlsruher Feuerwehr und der Weingarter freiwilligen Feuerwehr gelang es, eine Weiterausbreitung des großen Feuers zu verhüten.

Die Bismannahmen waren besonders gefordert durch die Einstürze von Gebäudeteilen, Durch- und Einbrüche von Dächern usw.

Es sei hier besonders hervorgehoben, daß keinerlei Differenzen und Schwierigkeiten zwischen den beiden Feuerwehren bestanden haben, sondern daß im Gegenteil in erfreulichem Sinne gemeinsam die Gefahr bekämpft und niedergeschlagen wurde. In ununterbrochener Folge in über fünfständiger Tätigkeit hat die Motorpumpe die erforderlichen großen Wassermengen geliefert, um des Feuers Herr zu werden und ein Weiterumfassen auf

viele dicht benachbart liegende Wohnhäuser, Stallungen und Scheunen zu verhindern.

Besonders schwierig und interessant gestaltete sich die Wiederlegung eines zirka 20 Meter hohen freistehenden bestichtbaren Schornsteines.

Die im allgemein-sicherheitslichen Interesse vorgenommenen Maßnahmen unter Zuhilfenahme der freistehenden 16 Meter hohen Feuerleiter der Weingarter Feuerwehr, sowie einer sehr langen Hopfenkranne wurde die Schleppe eines starken Tapes von entsprechender Länge über die Schornsteinkrone gelegt, die Leiter vorsichtig zurückgenommen. Unter geringem Kraftaufwand gab der die Arbeiten beherrschende Schornstein dem Zug der Feuerwehrleute nach und wurde in der gewünschten Richtung umgelegt.

Die Brandwache wurde von der Weingarter Feuerwehr übernommen und rückte der Karlsruher Ueberlandlöschzug um 15 Uhr in der Hauptfeuerwache ein.

Bei diesen Feuern war der Berufsfeuerwehr Gelegenheit geboten zu beweisen, daß selbst bei verhältnismäßig schwachem Einsatz an Menschen aber modernstem Gerät und kräftiger Ausbildung der Bedienung, es ohne weiteres möglich ist, entscheidend im Interesse der Allgemeinheit einzugreifen zu können.

An der Brandstelle waren schon in den frühen Morgenstunden anwesend: 1. Staatsanwalt Hofmann, Reg.-Rat Dr. Kampeger, Polizeirat Riedinger, Regierungsbaurat Berta, Regierungsrat Goldschmitt.

Kleinere Brände in der Stadt

Am Abend des 1. April um 20 Uhr wurde die Berufsfeuerwehr durch den öffentlichen Feuermelder nach der Durmersheimer Straße gerufen, wo ein Personenkraftwagen in Folge Verzögerung des Motors in Brand geraten war. Unter Anwendung von zwei Handfeuerlöschern und einer Schlauchleitung konnte das Feuer innerhalb weniger Minuten gelöscht und der Kraftwagen abgeschleppt werden.

Kurz nach 24 Uhr wurde die Hauptfeuerwache durch Reichstelephon nach Mühlburg, Rheinfstraße 9, gerufen. Mächtiger Feuerstein zeigte der Wehr den Weg; sie fand bei Ankunft bereits eine Möbel- und Modellschreinerei in hellen Flammen brennend vor. Das Feuer wurde mit 75-Millimeter-Schlauchleitungen bekämpft und mit einer weiteren Leitung wurde ein angrenzender Seitenbau, der vom Feuer schwer bedroht war, geschützt und das Feuer abgeriegelt. Im Obergeschoß der Schreinerei lagerten große Mengen von Möbelstücken und Schnittholz, welche erstere zur schnellen Verpeilung und Ausbreitung des Feuers beitrugen. Unter großen Mühen gelang es, während des Abflüßens des Feuers die Holzstücke zu bergen. Nach dreistündiger angestrengter Tätigkeit konnte die abgebrannte und aufgeräumte Brandstelle einer Brandwache mit einer Hochleitung überlassen werden. Kurz nach 3 Uhr rückte die Berufsfeuerwehr in die Hauptfeuerwache ein.

Der Fall Mauritius

Ein ehemaliger nationalsozialistischer Agitator — Wegen Ministerbeleidigung verurteilt — Die Schaffergilde

Vor dem Schöffengericht

F.L. Karlsruhe, 2. April.

Die Anklage, die am Mittwoch vormittag unter dem Vorsitz des Herrn Amtsgerichtsdirektor Straub behandelt wurde, ist in zweierlei Hinsicht interessant. Einmal beleuchtet sie die unheilbaren Zustände in der politischen Agitation, wie sie von den radikalen Parteien, vor allem und in diesem Falle besonders von den Nationalsozialisten betrieben wird, zum anderen war sie von lokalem Interesse, weil Karlsruher Wohnungsbaufragen hineinspielten, der Beleidiger deutete sogar den Dammerhof an.

Die Anklage bezichtigte den Angeklagten, den Minister Kemmele in verschiedenen nationalsozialistischen Versammlungen des vergangenen Jahres und in einem Artikel im „Führer“ beleidigt, verächtlich gemacht und in der öffentlichen Meinung herabgesetzt zu haben, dadurch, daß er diesem Rechts- und Verfassungsbruch vorgeworfen und sein Verhalten gegen die Schaffergilde als Kulturverbrechen bezeichnet habe.

Dazu muß festgestellt werden — das ging auch aus den Angaben des Angeklagten hervor —, daß Herr Diplomingenieur Mauritius im Jahre 1927 die Schaffergilde gegründet und seitdem geleitet hat, daß diese zum Zwecke hatte, minderbemittelten Familien billige Eigenheime zu verschaffen und den ehemaligen Erzieherplatz der Neureuth in diesem Sinne zu bebauen. Das Vorhaben scheiterte daran, daß das Innenministerium den entsprechenden, für das Unternehmen günstigen Beschluß des Bezirksrats gegen die das Projekt ablehnende und zuständige Gemeinde Teufels-Neureuth nicht durchsetzen wollte, weil es die finanzielle Grundlage nicht für geeignet hielt. Die Sache kam in die Presse, auch der „Badische Beobachter“ gab der Meinung eines Schriftführers des „Blatts der Schaffergilde“ Raum. Daraus zog Mauritius den Schluß, die Angelegenheit sei unzulässig behandelt worden, Minister Dr. Kemmele habe sich von seinen marxistischen Anschauungen leiten lassen. Er schlug sich, erbittert wie er war, zu den Nationalsozialisten und agitierte wegen dieser Affäre in den verschiedenen Versammlungen laudativ, wobei es zu den schon erwähnten Beleidigungen gegen den Minister kam. Er forderte sogar diesen auf, ihn zu verklagen; er werde den Wahrheitsbeweis antreten.

Minister Kemmele willfuhr dem; sein Vertreter war der Rechtsanwalt Marum.

Wie aber aus der Begründung des Urteils zu entnehmen ist, gelang dem Angeklagten die Beweisführung nicht. Die Angelegenheit ging durchaus ihren sachlichen Gang. Das Urteil lautete darum wegen fortgesetzter öffentlicher Beleidigung und übler Nachrede auf 200 RM. Geldstrafe, im Nichterfüllungsfall auf 20 Tage Gefängnis, auf Uebernahme der Kosten und auf Veröffentlichung des Urteils im „Führer“, dem „Badischen Beobachter“ und dem „Volksfreund“.

Das Urteil fiel trotz des schweren Vergehens darum so milde aus, weil dem Verurteilten zugestanden wurde, daß er aus Idealismus gehandelt habe und daß er sein ganzes Vermögen in die Schaffergilde hineingesteckt habe. Es belohnt sich vielleicht, einige Streiflichter aus dem Zeugenhör zu zeigen.

Die Vernehmung der Zeugen.

Der Angeklagte hatte sich darauf berufen, er sei in seiner Meinung, daß Minister Kemmele einen Rechtsbruch begangen habe, durch eine Unterredung mit dem damaligen Justizminister Trunz bekräftigt worden. Derselbe war geladen und erklärte, daß er in der Zusammenkunft mit Mauritius den abtönenden Bescheid des Innenministeriums in seinem Hauptpunkte, nicht genügender finanzieller Leistungsfähigkeit, nicht für durchschlagend gehalten habe. Doch habe er sich gesagt, daß wenn auch der technische und für Wohnungstragen zuständige Bürgermeister Schneider der Stadt Karlsruhe, der ein außerordentlich guter Kenner der Materie und sozial fortschrittlich gesinnt sei, dem Schaffergildeprojekt widerspreche, der Widerstand im technisch Sachlichen liege. In keiner Weise habe er Mauritius zu seiner Gesinnung gegen Kemmele, die ihn zu den Beleidigungen trieb, Veranlassung gegeben. Er habe sich die Musterhäuser angesehen; er habe es für gut und empfehlenswert gehalten, aber auch den Eindruck bekommen, daß

Mauritius ein Fanatiker der Idee sei

und seine ganze Existenz mit der Schaffergilde verknüpft habe. Auch die folgenden Zeugen, die Herren Schlotter und

Der Sport am Sonntag

In Karlsruhe das Lokalderby Phönix-K.F.B.

Hunde der Meister

Den erwarteten Meister haben wir in der Eintracht Frankfurt nun also gefunden, er wird sich am Sonntag bei der Dormatia Worms in seiner neuen Würde erstmals zeigen und in Anbetracht der Preisfrage sehr auf Sieg bedacht sein, doch kommt dem Ausgang sonst keine Bedeutung mehr zu. Um so heftiger entbrennt dagegen jetzt der Kampf um den zweiten Platz, für den immer noch drei Bewerber da sind. Kein theoretisch könnte ja die Entscheidung fallen, wenn die Sp.Dg. Fürtth, die mit einem Punkt vor den beiden anderen steht, Bayern München auf dem Münchener Gelände schlägt. Beide sind gleich unbekannt gewesen, so daß eine Voraussage kaum möglich ist, zumal es auch darauf ankommt, ob beide in der härtesten Begegnung antreten können. Die Chancen dürften ziemlich gleichstehen und ein Unentschieden liegt sehr nahe, verlieren die Bayern, dann dürften sie endgültig ausgeschaltet sein. Jedenfalls ist der Ausgang dieses Spieles von besonderer Wichtigkeit, denn unter Umständen kommt Darmstadt, das auf dem eigenen Platz unserem badischen Vertreter, Freiburg, keine Siegeschance läßt, sogar wieder auf den zweiten Platz, so daß tatsächlich erst das letzte Spiel den süddeutschen Zweiten bringen würde. Waldhof, das in Frankfurt so erfolgreichen Widerstand leistete, empfängt den prächtig aufgetakelten V.f.B. Stuttgart zu einem zweifellos interessanten Spiel mit ungewissem Ausgang. Die Chancen stehen allerdings für den Platzbesitzer etwas günstiger.

Die Trosttrunde

Gruppe Südost

läßt allmählich auch die Entscheidung hinsichtlich des Meisters reifen, wir glauben, daß er am Sonntag in dem i. F.C. Nürnberg feststeht, denn er wird wohl dabei sein 1860 München den einen Punkt, den er zur Meisterschaft nötig hat, mit ziemlicher Sicherheit holen. Unserer Karlsruher Sportgemeinde steht allerdings der neuerliche Lokalrivalenkampf Phönix - K.F.B. wesentlich näher. Er bildet bereits wieder das Tagesgespräch und die Chancen werden hüben und drüben genau berechnet und abgemessen. Eine klare Voraussage dürfte aus diesem wieder sehr problematisch sein. Der K.F.B. befindet sich seit Wochen in unerfennbar aufsteigender Form (der Rückfall gegen Bödingen besagt nicht viel) und hat tadellose Resultate erzielt; Phönix scheint ebenfalls die Krisis überwunden zu haben und hat mit dem 6:1 gegen 1860 München die Sportwelt in Erstaunen versetzt (auch hier messen wir dem Verfall des Clubs keine übertriebene Bedeutung bei) und gezeigt, was in der Elf steckt, wenn sie will. Beide Mannschaften sind des Sieges fähig und beide auch würdig; wir hoffen, daß sie ihrer Verantwortung bewußt, einen in jeder Beziehung ritterlichen Propagandakampf liefern und auch die beiderseitigen Anhänger ohne Fanatismus ehrlich dem Besseren die Palme des Sieges zuerkennen. Vielleicht bringt der Verband für dieses Spiel auch wieder einmal einen Spielplaner von Klasse bei? Jedenfalls wird das Stadion wieder einen Massenbesuch aufweisen als Beweis der Werbetätigkeit des Fußballspiels. Die Union Bödingen hat Jahn Regensburg zu Gast und diesmal vielleicht größere Zusichten, endlich einmal aus dem „punktierten“ Zustand herauszukommen; wenn sie sich so hartnäckig jetzt wie gegen den K.F.B. und man den eigenen, gefährlichen Platz berücksichtigt, verneint man zu ihr halten zu müssen.

Gruppe Nordwest

sollte normalerweise keine Heberaktionen zeitigen und die Unge-
wissenheit der Tabellenstellung nicht beseitigen. Rotweiß Frank-

furt als Tabellenführer ist zwar nicht zu unterschätzen, doch soll Phönix Ludwigschafen als Spitzenkandidat auch in Frankfurt nicht straucheln. Oder wollen die Rotweissen die Kaspaten aus dem Feuer holen für den Lokalrivalen Sp.V. Frankfurt, der so nahe am Ziel, vor dem heimischen Publikum Neu-Tenburg wohl hinter sich lassen wird? Auch der Sp.V. Wiesbaden wird gegen den F.V. Saarbrücken den Anschluß an die Spitzengruppe nicht verlieren. Schließlich werden die Sportfreunde Saarbrücken gegen Neckarau sehr wahrscheinlich auch ihren Tabellenplatz mit Erfolg verteidigen.

Kreisliga

Mittelbaden

läßt die restlichen Spiele auspendeln, die nur noch der Tabellen-
gestaltung dienen, wobei Berghausen gegen Baden Chancen
hat, weiter nach oben zu kommen.

Südbaden

läßt in Rastatt ein Auswahlspiel der Kreisliga: Mittel-
baden - Südbaden feigen, das sicher auch aus Karlsruhe bes-
seren Besuch gefunden hätte, wenn nicht gerade hier Großkampftag
wäre. Mit der Vertretung Mittelbadens wurde folgende Elf
betraut, die nicht in allem unsere Zustimmung findet: Köh (Mühlb.);
Heller (Mühlb.); Dienert (V.f.B. Karlsruhe); Habermehl (Mühlb.);
Stöber (Ruppurr); Vogel (V.f.B. Karlsruhe); Götz, Wanner (beide
Beierheim); Schäfer, Podubsky (beide Großingen); Mines (V.f.B.
Karlsruhe); Erlach; Kempermann (Frankonia); Wünsch (Knielingen).

Im den Abstieg

In Pforzheim fällt zwischen F.V. Calw und F.C. Büchen-
bronn die Entscheidung, wer aus der Kreisliga in die A-Klasse im
Eng-Neckarreis absteigen muß.

Länderspiele

nennen wir: Schweiz - Ungarn; Holland - Italien;
England - Schottland.

Städtepiele

das bedeutende Treffen: Berlin - Prag.

Freundschaftsspiele

Die Stuttgarter Kickers haben in Ambrosiana Mat-
land einen Gegner der italienischen Extraklasse und den voraussetz-
lichen Meister seines Landes, der Hamburger Sportverein
und Hertha B.S.C. Berlin messen in Hamburg ihre Kräfte.

Handball

In Nürnberg steigt das Endspiel um die süddeutsche
Meisterschaft zwischen Sp.Vg. Fürtth und Sp.Vg. Darm-
stadt.

Leichtathletik

Rastatt ist der Schauplatz der Badischen Waldlauf-
meisterschaften, zu denen sich alle Käufer von Rang gemeldet
haben, u. a. Sabitzky, Freiburg, Allg. Köhler, Karlsruhe usw.

Rugby

läßt in Berlin das Länderspiel Deutschland - Frank-
reich steigen.

Stupinski, die bei der Besprechung mit dem Minister Trunk
zugegen waren, hatten nicht den Eindruck erhalten, wie der Ange-
klagte, der gewissermaßen den Minister als Kronzeugen für seine
Beleidigungen und, wie es der Staatsanwalt nannte, „schamlosen“
Anwürfe genannt hatte. Auch nicht der Schatten einer Beweis-
führung ist dem Angeklagten gelungen, wie in der Urteilsbegrün-
dung festgestellt wurde.

... Und die Nationalsozialisten.

Minister Trunk mag Herrn Mauritianus richtig beurteilt
haben; er ist Idealist und Fanatiker. Der Verteidiger hob dies
ebenfalls hervor; Herr Rechtsanwalt Dr. Ganner wies auf die
Schuldlosigkeit des Angeklagten hin, auf seine lobenswerten und
anerkanntswerten Siedlungspläne und hat um eine milde Beurteil-
ung. Sie ist dem Angeklagten zuteil geworden. Er mag sich eine
Lehre daraus ziehen.

Diese politische Lehre können wir uns nicht entbrechen, hier
selbst zu geben. Sie ist nämlich bezeichnend für die Zügellosigkeit
und die Verwilderung unseres politischen Lebens, an der außer
den Kommunisten in einem so grauenhaften Maße die National-
sozialisten schuldig sind. Sie haben bereitwillig Herrn Mauritianus
vor ihren Parteikarrieren gepannt, ihn im ganzen Lande seine un-
wahren Darstellungen und Beleidigungen verbreiten lassen, ihn
sogar in Karlsruhe auf die Kandidatenliste für den Landtag ge-
stellt — und dann als er wirklich gewählt worden war, haben sie
ihn abgesetzt. Mauritianus hat daraus seine Folgerung gezogen und
ist aus der Partei ausgetreten. Wir aber fragen uns, wie
viel Wähler mag Herr Mauritianus durch seine
falschen Darstellungen rebellisch und anderen
Parteien abspenstig gemacht haben? Lassen sich diese
noch belehren oder sind sie ganz dem Gifte nationalsozialistischer
Verführung verfallen? Wie steht eine Partei da, die mit
unwahren Behauptungen sich in den Landtag
hineingeschmuggelt hat? Auch nicht den Schatten eines
Beweises konnte der Angeklagte geben; er war aber als national-
sozialistischer Abgeordneter gewählt worden. Er ist nicht hinaus-
geworfen worden, er ist übergegangen, als Stimmvieh, in diesem
Falle als Sprachrohr für Verleumdungen benutzt worden. Das ist
die politische Seite des Falles Mauritianus, die lag dem Gericht zur
Beurteilung nicht vor, die geht uns aber etwas an, denn da
handelt es sich um Treu und Glauben in der Politik. Mit 200 RM.
kann man das nicht gut machen, wenn man tausende und hundert-
tausende von Menschen verhetzt, verbittert und gegen alles mis-
trauisch macht. Es wird Zeit, daß jedermann ein gesundes Mis-
trauen gegen die nationalsozialistische Arbeiterpartei bekommt und
sich voller Abgüß gegen Methoden wendet, die das politische Leben
vergiften und die Wähler solchen Fanatikern und Querulanten
ausliefern, wie es dieser Fall erwiesen hat. Der Vorliegende hat es
dem Angeklagten gesagt, mit dem „fiktiven Kopf“ könne man sich
über Taten und Taten nicht hinwegsetzen. Dieser Fall muß eine Lehre sein. Es geht nicht an, wie der
Staatsanwalt ausführte, daß man dann, wenn einem etwas gegen
den Strich gegangen ist, nun meint, es hätten dabei unfaulische
Motive, seien sie nun persönlicher oder parteipolitischer Art mit-
gespielt. Wir glauben, daß wir aus dem Sumpf heraussmüßten, in
dem die Nationalsozialisten unsere politischen Sitten verderben
wollen; wir glauben, daß dies nur dann erreicht werden kann,
wenn einer der furchtbaren Schädlinge unseres politischen Le-
bens, der Nationalsozialismus, sich grundlegend gebessert hat. Wir
verfüchten oder wir hoffen aber, daß wenn dies geschehen sollte,
dann auch die nationalsozialistische Partei am Ende ihrer Tage
angeht sein wird. Solche erstiketen Abgeordnetenmandate, wie
das von Mauritianus, rächen sich. Man muß nur die Wahrheit
sagen. Hoffen wir, daß sie viele hören. Das also ist der Fall
Mauritianus!

Die Polizei meldet

Unterdrückung

Ein lediger Arbeiter gelangte zur Anzeige, weil er ein Damen-
fahrad, welches ihm zur Reparatur gegeben war, für 50 RM.
weiter verkaufte.

Diebstähle:

Vorgelesen wurden in 4 Fällen im Stadtgebiet Fahrräder ent-
wendet. Am 1. April brach ein unbekannter Täter in ein Man-
sardenzimmer in der Hirschstraße ein und entwendete 14 RM.

Ein 16 Jahre alter Drogistenlehrling, der seinem Arbeitgeber
einkaufte und Rechnungsbeträge in Höhe von etwa 32 M. unter-
schlagen hat, wurde angezeigt.

Betrug:

Am 1. April erschien bei der Vorsteherin einer Schule eine Frau
und erschwand sich unter Vorpiegelung einer Inseratenauf-
nahme in ein internationales Adreßbuch einen Betrag von 40 RM.

Unfall:

In der Luisenstraße wurde auf dem Gehweg ein 53 Jahre
alter Mann aufgefunden, der gestürzt war und sich eine blutende
Kopfwunde zugezogen hatte.

Vermißt:

Die 16 Jahre alte Hausdöchter Anita Markert wird seit
dem 1. April vermißt. Es besteht die Möglichkeit, daß sich das
Mädchen ein Leid angetan hat.

Brände:

Am 1. April um Mitternacht wurde die Feuerwehr nach der
Rheinstraße gerufen, wo in einer Hobelwerkerei ein Brand aus-
gebrochen war. Die Feuerwehr hatte 3 Stunden zu arbeiten bis
der Brand gelöscht war. Es entstand ein Gebäudeschaden von etwa
6000 RM. Nach Angabe des Hobelwerkereiers beträgt der Schaden
etwa 12 000 RM.

Edle Durmersheimer- und Zepelinstraße geriet am Mittwoch
abend ein Personentransportwagen in Brand. Die herbeigerufene
Feuerwehr konnte nach kurzer Tätigkeit abrücken. Der Schaden am
Kraftwagen beträgt etwa 1000 RM.

(c) Einreise nach Litauen. Visa für Badener, die nach Litauen
reisen wollen, werden am einfachsten bei dem litauischen General-
konsulat in München, Himmelreichstraße 4, beantragt, dessen Amts-
bereich sich auch auf Baden erstreckt.

Mittelmeerfahrt. Eine billige Reisegelegenheit zum Besuch von
Italien, Sizilien, Afrika und Frankreich bietet die zweite Meteor-
fahrt der Bergenske Dampfschiffst. Besucht werden Genoa —
Rom — Neapel — Palermo — Taormina — Malta — Sfax — Tunis
(Eucharistischer Kongreß) — Marseille. Abfahrt Genoa 26. April,
Dauer 18 Tage. Nur ein- und zweibettige Kabinen. Preise von
RM. 490.— an. Ausführliche Programme durch Reisebüro Josef
Hartmann, Frankfurt a. M., Kaiserstr. 25, Siemens & Co.,
München, Verkehrs-Gesellschaft m. b. H., Herzog-Wilhelm-Str. 33.

Wichtig für die Osterreise!

Die Sonntagsrückfahrkarte für Ostern.

Für den Ausflugs- und Reiseverkehr am Osterfest ist es wichtig
zu erfahren, daß die Gültigkeit der Sonntagsrückfahrkarten zu
diesem Termin eine so große Erweiterung ihrer zeitlichen Dauer
erfahren hat, daß mit dieser Einrichtung eine Osterreise von
Gründonnerstag bis Osterdienstag ausgedehnt werden
kann. Die Gültigkeit der Sonntagsrückfahrkarten lautet am
Gründonnerstag von 12 Uhr ab, sowie am den Tagen Karfreitag —
Ostermontag und Ostermontag angetreten werden. Die Rück-
fahrt kann am Karfreitag stattfinden, am Karfreitag nur bis
9 Uhr, am Ostermontag und Ostermontag jederzeit, sowie am
Dienstag bis 9 Uhr. Außerdem können an den Tagen, an denen
die Rückfahrt bis 9 Uhr morgens angetreten sein muß, also am
Karfreitag und Osterdienstag, alle Güter zur Rückfahrt auch nach
9 Uhr benutzt werden, welche die Haltestation, die auf der Sonntag-
rückfahrkarte angegeben ist, bis 9 Uhr morgens verlassen, wenn die
Rückfahrt von Zwischenstationen aus angetreten wird.

Glückwünsche des Reichspräsidenten.

Reichspräsident von Hindenburg hat dem Kriegsveteranen
von 1870/71 Oberrechnungsrat Major Georg Schwanninger
zum 80. Geburtstag die besten Glückwünsche und Photographie mit
eigenhändiger Unterschrift übermittelt.

× **Postcheckverkehr im Monat März.** Zahl der Postcheckkunden
Ende März 44 167, Ende Februar 44 214. Mitteln Abgang Ende
März 47. Auf den Konten sind im März ausgeführt: 1 481 555
Guthabenschecks über 243 326 845 RM. 981 692 Lastschriften über
241 438 918 RM. Anzahl 2 468 247 Buchungen über 404 780 263
Reichsmark, davon sind bargeldlos beglichen 378 797 319 RM.
Durchschnittliches tägliches Gesamtgut haben 21 544 507 RM. Im
Ueberweisungsbereich mit dem Ausland sind umgekehrt 1 205 227
Reichsmark.

Badisches Landestheater. Das Schauspiel „Amnestie“ von
Karl Maria Finkelsburg, das als letztes Werk des „Zeittheater“-
Zyklus am Freitag, den 4. April, zur ersten und am Montag, den
7. April, zur zweiten Aufführung kommt, beschäftigt in Haupt-
rollen sowie die Herren Dramb, Dahlen, Graf, Genmede, Grimm,
Frauenhofer, Genter, Quajfer, Mademacher, Schreiner und Sei-
ling, sowie die Herren Dramb, Dahlen, Graf, Genmede, Grimm,
Götz, Hiel, Köder, Koppach, Just, Klotz, Otto und Hans Herbert
Kienhoffer, Kühne, Langrebe, Müller, Prüiter und v. d. Trend. —
Die Regie führt Felix Baumhach.

Basserkünder des Rheins: Waldshut 208, gef. 5; Basel 10,
gef. 2; Schutterinsel 73, gef. 1; Rehl 191, gef. 4; Magau 370,
gef. 3; Mannheim 248, gef. 4; Raub 156, gef. 10.

Karlsruhe als Kongreß-Stadt

Auch für das Jahr 1931 sind für die badische Landeshauptstadt
bereits einige bedeutende Kongresse und Tagungen gesichert. Unter
diesen darf die neuerdings angemeldete Tagung des Inter-
nationalen Verbandes der Köche, St. Frankfurt a. M.,
besonders hervorgehoben werden, die bei der letzten Tagung in
Frankfurt endgültig für Karlsruhe gewonnen wurde. Nähere
Einzelheiten und der Termin der Veranstaltung werden noch be-
kannt gegeben.

Karlsruher Landesbuch-Auszüge

Stierheile und Hebrigungsseiten. 1. April: Johann August
Koslo, ledig, Seifenmacher, 48 Jahre alt. P. 4, 15 Uhr. —
Helene Fuchs, Ehefrau von Stefan Fuchs, Eisenbahnkassierer,
46 Jahre alt. 4. 4, 14 Uhr. — Wilhelmine Hoffmann, Witwe,
von Karl Hoffmann, Schlichter, 61 Jahre alt. Ruppurr. — Lorenz
Beiß, 1 Monat alt, Vater Michael Beiß, Musiker. Mühlburg.
Johanna Maier, 8 Monate alt, Vater Nikolaus Maier, Tagelöhner,
Beiber. — 2. April: Josef Baumann, Ehemann, Zugführer
a. D., 70 Jahre alt. 4. 4, 14.30 Uhr.

Tages-Anzeiger

für Donnerstag, den 3. April 1930

Badisches Landestheater. 19.30 Uhr: „Der Fingerring“. —
Städtisches Konzerthaus. 20 Uhr: Großer Konzabend der Schule
Liga Mertens.
Colosseum. 20 Uhr: „Jupp Wilhelm's lustige Bühne“.
Badischer Schwarzwaldbühnen. 20 Uhr: Lichtbildervortrag im
Chemieaal der Technischen Hochschule.
Ausstellung, Kaiserstraße 145: Die Kunstführer aus Kristall.
Junker u. Kuh, Karlsruhe. 16 und 20 Uhr im Entschaffaal,
Karl-Friedrichstraße: Kochführungen mit Vortrag.

Herausgeber und Verleger: Badenia, A.-G. für Verlag und
Druckerei, Karlsruhe i. B. Hauptgeschäftsführer: Dr. F. Th. Meyer.
Verantwortlich für Nachrichten, Politik und Handel: Dr. Will
Müller-Weiß; für Kultur, Kunst und Sport: Dr. H. A. Berger;
für Lokales, Badische Chronik und Sport: A. W. Schmidt; für Anzeigen
und Notizen: Philipp Nieberle, fam. in Karlsruhe, Steinstr. 17.
Notationsdruck der Badenia A.-G.
In Verlage: Geißl, Bad Dr. Meyer.
Berliner Redaktion:
Dr. G. Schuster, Berlin-Lichterfelde-Str., Patatellstr. Nr. 4.

Vorzüge von MAGGI Würze: Größte Würzekraft, deshalb sehr ausgiebig und im Gebrauch die billigste

Letzte Meldungen

Kommunistische Wählerarbeit in der Reichswehr

Berlin, 2. April. (Eigene Meldung.) Die politische Polizei hat nach Blättermeldungen auf Veranlassung des Oberreichsanwalts in Neu-Müppin drei Kommunisten verhaftet, die Zersetzungsbauarbeit in der Reichswehr getrieben haben. Es handelt sich um den Leiter der Neu-Müppiner Ortsgruppe der KPD. und zwei andere Kommunisten. Alle drei sind dem Untersuchungsrichter vorgeführt worden, der bereits Haftbefehle gegen sie erlassen hat.

Um die Mitte Januar dieses Jahres wurden beim zweiten Bataillon des Inf.-Reg. 5 kommunistische Zersetzungsschriften verteilt. Es handelt sich um zwei Flugblätter „Der Reichswehrsoldat“ und „Der Kamerad“. Die beiden Schriften waren in einer geheimen Druckerei der KPD. in Berlin hergestellt worden. In den Aufzügen wurden die Soldaten aufgefordert, sich ihrer Offiziere zu entledigen und der KPD. beizutreten. In ihren Vernehmungen bestritten die drei festgenommenen zunächst jede Beteiligung an der kommunistischen Wählerarbeit in der Reichswehr. Durch die Aussagen der Zeugen, besonders aber durch das bei ihnen entdeckte Material, das durch Hausdurchsuchungen zutage gefördert wurde, gelang es, die drei Verdächtigen zu überführen. Es ist auch anzunehmen, daß im Zusammenhang mit den Verhaftungen in Neu-Müppin auch in Berlin noch Festnahmen erfolgen werden.

Im Verlaufe der heutigen Ermittlungen, die von dem Truppenteil, der Staatsanwaltschaft und der Polizei geführt wurden, hat sich herausgestellt, daß die drei verhafteten Kommunisten in Verbindung mit einem Obergefreiten der 6. Kompanie standen. Er hat bei seiner Vernehmung bereits zugegeben, Beziehungen zu den Kommunisten unterhalten zu haben. Von einer Verhaftung des Soldaten wurde vorläufig abgesehen, da noch nicht feststeht, wieweit seine Handlungsweise strafrechtlich verfolgt werden kann.

Vergeblicher Aniefall der kommunistischen Oppositionellen

Berlin, 2. April. (Eigene Meldung.) Wie der „Germania“ aus Moskau gemeldet wird, hat das Präsidium des Volkskongresses der kommunistischen Internationale die Wiederaufnahme der Gruppe Brandler in die kommunistische Internationale abgelehnt. Die Forderungen Brandlers seien unannehmbar. Die Gruppe Brandler und auch die Gruppe Urban werden bis auf weiteres aus der KPD. und der kommunistischen Internationale ausgeschlossen bleiben, weil sie durch ihre Tätigkeit die kommunistische Bewegung in Deutschland stark geschädigt haben.

Um die Rheinregulierung

Bern, 2. April. Nachdem die Frist gegen den Bundesbescheid über die Genehmigung des Rheinregulierungsvertrages mit Deutschland unbenützt abgelaufen ist, hat der Bundesrat die Ratifikationsurkunde ausgefertigt, die in den nächsten Tagen der Reichsregierung zugestellt werden soll. Es ist beabsichtigt, mit den Regulierungsarbeiten schon im kommenden Herbst zu beginnen. In die nächsten Voranschläge der Eidgenossenschaft werden drei Millionen Franken für die Rheinregulierung aufgenommen werden.

Wachsende Arbeitslosigkeit in Amerika

New York, 1. April. Die Arbeitslage in den Vereinigten Staaten von Nordamerika schilderte Präsident Green von der American Federation of Labour vor den mit der Untersuchung der Arbeitslosigkeit beauftragten Senatsausschüssen sehr pessimistisch. Nach den Schätzungen Greens waren im Februar rund 3 700 000 Lohnempfänger arbeitslos; der Lohnverlust überstieg 400 Millionen. Green sagte, die Regierung müßte für die Arbeitslosen sorgen, sonst habe sie die Revolution auf dem Gange. Sie müsse entweder vermehrte Arbeitsgelegenheiten schaffen oder größere Unterstüßungen zahlen. Seit Oktober sei die Arbeitslosigkeit infolge der schlechten Geschäftslage von 11 Prozent auf 22 Prozent gestiegen. Im Februar 1930 seien sogar etwa 25 Prozent arbeitslos gewesen. Green befürwortete, den Vorschlag des Senators Wagner anzunehmen und dementsprechend eine Kommission zu schaffen, die den Plan studieren solle, langfristige öffentliche Bauarbeiten in Angriff zu nehmen.

Steuerekalender für April 1930

- 5. April: 1. Lohnsteuer für die Zeit vom 16. bis 31. März 1930.
- 2. Grund- und Gewerbesteuer der Gemeinden und Kreise, soweit nach den Gemeindeförderungsgeetzen Beiträge fällig sind.
- 3. Gebäudesteuer für März 1930.
- 10. April: 1. Einkommen- und Körperschaftsteuer, Vorauszahlung für das erste Halbjahr 1930 nebst 10 v. H. Zuschlag zur Landessteuergentsteuer von den Einkommensteuervorauszahlungsplichtigen (Landwirtschaft ist ausgenommen).
- 2. Körperschaftsteuer.
- 15. April: 1. Umsatzsteuer voranmeldung und Vorauszahlung für das erste Vierteljahr 1930.
- 2. Vorauszahlung auf die staatliche Grund- und Gewerbesteuer 1930 nebst 10 v. H. Zuschlag zur Landessteuergentsteuer von den natürlichen Personen.
- 3. Grund- und Gewerbesteuer der Gemeinden und Kreise, soweit Beiträge mit der staatlichen Grund- und Gewerbesteuer fällig sind.
- 20. April: Lohnsteuer für die Zeit vom 1.—15. April 1930.
- 30. April: 1. Versicherungssteuer.
- 2. Handelskammer- und Handelsamtsbeiträge, soweit angefordert.

X Konsularische Vertretung der Vereinigten Staaten von Amerika. Der zum Generalkonsul der Vereinigten Staaten von Amerika in Stuttgart ernannte Herr Leon Dominian ist zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden endgültig zugelassen.

X Einführung der Sommerzeit. In der Nacht vom 12. auf den 13. April 1930 wird in folgenden westeuropäischen Staaten die Sommerzeit eingeführt: Belgien, England, Frankreich, Holland, Portugal und Spanien. Damit wird die westeuropäische Zeit (WEG) mit der mitteleuropäischen (MEZ) übereinstimmen. Die holländische (Amsterdamerzeit) geht der MEZ 20 Minuten vor.

(.) Lotteriegenehmigung. Vom Ministerium des Innern ist dem Hauptausführer für das 15. Badische Landeslotterien in Mannheim die Durchführung einer Lotterie genehmigt worden. Die hierfür vorgesehenen Lose, mit sofortigen Gewinnentscheidungen, kosten 50 Pfennig pro Stück. Mit der Ausgabe derselben — der Verkauf beginnt am 1. April — kommen zusammen zirka 12 500 RM. zur Verfügung.

Vereinheitlichung der Gebühren für die Ausstellung von Gewerbelegitimationskarten.

Die Gebühren für Gewerbelegitimationskarten sind landesgesetzlich geregelt und infolgedessen in den einzelnen Ländern verschieden hoch bemessen. Nach der Badischen Gebührenordnung können die Bezirksämter für die Ausstellung einer Gewerbelegitimationskarte je nach der Leistungsfähigkeit der einzelnen Betriebe eine Gebühr von 5.— bis 25.— RM. erheben. Wie uns die Handelskammer Karlsruhe mitteilt, hat nun der Reichswirtschaftsminister angeordnet, diese Gebühren im ganzen Reich zu vereinheitlichen, und zwar sollen in Zukunft folgende Gebühren erhoben werden: Bei kleineren Unternehmungen 3 RM.; bei mittleren Unternehmungen 5 RM.; bei größeren Unternehmungen 10 RM. Die Handelskammer Karlsruhe hat die Anregung des Reichswirtschaftsministers zum Anlaß genommen, um den bereits früher von ihr gefällten Antrag, die Rahmengebühr durch eine möglichst niedrig bemessene Einheitsgebühr für jede Karte zu ersetzen, erneut aufzugreifen und ihn den zuständigen Stellen zu unterbreiten.

Das badische Verkehrsweisen

Sitzung des Haushaltsausschusses.

Karlsruhe, 2. April. In der heutigen Sitzung des Haushaltsausschusses stand der Vorschlag des Finanzministeriums zur Beratung. Berichterstatter ist Abg. Seubert. Zunächst gab der Herr Finanzminister Auskunft über den Stand der Frage des Finanzangebots, desgleichen über die Abführung der Postgelder. Die Gelder aus Post und Eisenbahn sind in Berlin für längere Zeit zentralisiert. Ueber die bisherige Stellung des Staates zu den Beamtentraktanten sei zu sagen, daß man immer noch im Stadium des Versuches sei, daß aber bis jetzt sich noch keine Schwierigkeiten gezeigt haben. Die Zuwendung von 10 RM. pro Person seitens des Staates hat zu einer erheblichen Geschäftsvereinfachung geführt.

Das Kapitel Ministerium wurde ohne große Debatte erledigt, da Ueberschreitungen nicht vorlagen. Nur von liberaler Seite wurde darauf hingewiesen, daß die Auswirkung des § 47 des Befoldungsgesetzes in dem Ministerium nicht sichtbar sei. Der Herr Minister gab Aufklärung hierüber. Der Berichterstatter tritt dafür ein, daß den Eingaben des Verbandes der Hausmeister um Bewilligung ruhegehaltfähiger Zulage zugestimmt werde. Jedoch das Befoldungsgesetz macht diese Wünsche vorläufig illusorisch. Die Dienstreisefkosten nehmen zu,

weil die bisherigen Erfahrungen ein stärkeres Revidieren der Gebäudesteueranlage bei den Gemeinden notwendig machen; das Maschinenteknische Büro verlangt auch mehr Dienstreisen.

Von deutsch-volksparteilicher Seite wurde das

Verhalten der Reichsbahngesellschaft

beanstandet in den Fragen der Einrichtung von Autolinien. Bei vielen Orten, die in ständlicher Entfernung von der Reichsbahn liegen, sei der Widerstand der Reichsbahn unverständlich. Bei den Kraftlinien selbst bringe die Monopolisierung eine Verteuerung für das Publikum; der nicht konzeffionierte Unternehmer habe billigere Tarife als der konzeffionierte. Der Herr Finanzminister weist auf die von der Reichsbahn und Reichspost vor Jahren gestellten Bedingungen hin, die sie aus den Reparationsverpflichtungen heraus stellen mußten. Die Post braucht oft zum Zweck der rascheren Postzustellung Autolinien, wodurch bisherige private Verkehrslinien beseitigt werden müssen. Der Finanzminister habe in diesen Fällen keinerlei Einfluß, er bemühe sich aber in allen Fällen um gütliche Vermittlung, z. B. in Heidelberg. Auch zwischen Bahn und Post entstehen aus Gründen der Konkurrenz Differenzen. Bei Konzeffionen muß aus Gründen der Sicherheit die wirtschaftliche Lage des Unternehmers berücksichtigt werden. Die meisten Fahrtunternehmer fahren aus Konkurrenzgründen unter Selbstkosten.

Von verschiedenen Seiten wurde es als unglaublich bezeichnet, daß zwischen Heidelberg und Wiesloch eine postalische Autolinie zwecks Postzustellung notwendig sei, vielmehr liege eine Expansionsstendenz seitens der Post vor.

Von national-sozialistischer Seite wurden

Beanstandungen gegen die mittelbadische Eisenbahngesellschaft

und deren Direktor vorgebracht. Im Schwarzwald sollten die durch den Bau der Schluchseebahn geschädigten Unternehmer einigermaßen entschädigt werden. Von Zentrumsseite wurde eine strengere Handhabung der Konzeffion befürwortet, wie auch das Finanzministerium auf die Preisfestsetzung der Unternehmer achten soll. Daran reihte sich eine eingehende Aussprache über die gegenseitige Stellung von Reichsbahn, Reichspost und städtische Unternehmungen. Eine loyale Haltung sei zu empfehlen. Der Herr Finanzminister verteidigte den Direktor der Mittelbadischen Eisenbahngesellschaft gegen die national-sozialistischen Angriffe. Bahn und Post bekämpfen sich. Ueber all diesen Einrichtungen wie auch über Schifffahrt und Straßenbahn müßte eine einheitliche Leitung stehen. Im Juni 1929 ist zwischen Post und Bahn ein Uebereinkommen getroffen worden, das sich voraussichtlich günstig auswirken wird. Von liberaler Seite wurde das Verhalten der Reichsbahn gegen die O.E.G. rüchichtslos bezeichnet. Von Zentrumsseite aus wurde darauf hingewiesen, daß von der O.E.G. Sonderzüge eingeführt werden seien, die einmal der Reichsbahn Konkurrenz machen und den Geschäftsverkehr nach Mannheim ziehen. Von gleicher Seite wurde auf Unzuträglichkeiten hingewiesen, die aus der Haltung der Postverwaltung für die Randgemeinden entstanden sind.

Beim Titel Dienstreisefkosten kam von verschiedenen Seiten her zur Sprache, welche Nachteile es mit sich bringt, wenn Beamte durch Verheiratung stärker an einen Teil der Bevölkerung ihres Dienstbezirkes persönlich gekettet sind.

Beim Kapitel Hochbauwesen stellte der Berichterstatter die Anfrage, wie sich die Uebernahme der Reichsbahngeschäfte in die Verwaltung des Landes bewähren habe.

Der Finanzminister erklärte die Mitübernahme durch den Staat als das einzig richtige. Die Vereinigung in einer Hand ermöglicht eine zeitgemäße Verteilung und bringt Ersparnisse. Auch in Berlin ist man über den Verlauf der Dinge zufrieden.

Die Vorwürfe, die anlässlich des

Klinikenbaus in Freiburg

erhoben worden sind, wurden von dem Herrn Finanzminister richtiggestellt. Der Finanzminister hat über die Ausführung nichts zu verfügen; er hat nur die Gelder und die Leute zu stellen. Er habe nur verlangt, daß der Oberbaurat Hirsch in der Kommission mitzureden habe. Der Kultusminister hat dem Herrn Oberbaurat Hirsch die jetzt bestehende Vollmacht übertragen. Der mit dem Klinikenbau beauftragte Teil des Freiburger Baubüros sei vereinnigt worden. Im Anschluß daran brachte ein demokratischer Vertreter den Wunsch vor, daß die Baubeamten nicht die Möglichkeit haben dürften, den freien Beruf Konkurrenz zu machen durch Nebenarbeiten außerhalb ihres staatlichen Dienstes.

Von sozialdemokratischer Seite wurde die Zusammenlegung der Baubetriebsnisse in eine Hand kräftig befürwortet.

Der Herr Finanzminister begrüßt die übereinstimmende Auffassung, daß alle Bauarbeiten im Ressort des Finanzministers vereinigt werden sollen.

Kaiser's Kaffee-Geschäft

ÜBER 1000 FILIALEN

Wir eröffnen

Nur noch bis einschl. Samstag, 5. April

eine neue Filiale in
Karlsruhe

Kaiserstr. 163

GRATIS

in unseren sämtlichen Karlsruher Filialen:

Kaiserstr. 27, Kaiserstr. 68, Kaiserstr. 134,
Kaiserstr. 163, Kaiserstr. 243, Erbprinzenstr. 24,
Roosstr. 1, Karlsruhe-Mühlberg, Rheinstr. 34b

Eine Kaffeedose bei Einkauf von 1 Pfd. Kaffee

Eine Teedose bei Einkauf von 200 Gramm Tee

Eine Kostprobe

Kaiser's Schokolade

bei Einkauf für 1 Mk (Zucker ausgeschl.)

5% RABATT IN MARKEN
ZUCKER AUSGESCHL.



Lebens-Anzeige.
 Gott dem Allmächtigen hat es gefallen,
 meine lieben Mann, unseren herzenguten
 Vater und Großvater
Josef Jaufmann
 Zugführer a. D.
 von seinem schweren Leiden zu erlösen und
 wohl vorbereitet im Alter von 70 Jahren in ein
 besseres Jenseits abzurufen.
 Im Namen der trauernd Hinterbliebenen:
Katharina Jaufmann, geb. Reichert.
 Karlsruhe, den 2. April 1930.
 Winterstraße 17.
 Beerdigung: Freitag nachm. 3/3 Uhr von
 der Friedhofkapelle aus.
 Seelenamt: Freitag vormittag 9 Uhr in der
 Liebfrauenkirche.

Danksagung.
 Für die überaus herzliche Anteilnahme, sowie für die
 Krankenbesuche bei dem schmerzlichen Verluste meines
 lieben Onkels
Josef Simon
 Privatmann
 spreche ich meinen innigsten Dank aus. Besonderen
 Dank den ehrl. Schwestern des St. Bernhardshauses
 für die liebevolle Pflege, dem kath. Männerverein Süd-
 stadt und der Kameradschaft der ehem. Freiw. Feuer-
 wehr für den ehrennden Nachruf.
 Karlsruhe, den 1. April 1930.
 Im Namen der Hinterbliebenen:
Otto Holzer, Verw.-Obersekretär.

Amtliche Anzeigen.
Öffentliche
Zahlungserinnerung.
 Es sind zu entrichten:
 auf 10. April 1930 die Vorauszahlungen
 auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer
 für das erste Halbjahr 1930 gemäß
 dem letzten Steuerbescheid, ferner die Vor-
 auszahlungen auf die Umsatzsteuer für das
 erste Halbjahr 1930 und die Landes-
 steuern mit 10 Prozent aus der Ein-
 kommensteuer-Vorauszahlung,
 auf 15. April 1930 die erste Rate der
 Grund- und Gemeindesteuervorauszahlung für
 1930 nebst 10 Prozent Zuschlag zur Landes-
 steuern.
 An die Zahlung dieser Ausgaben wird er-
 tintet.
 Nicht rechtzeitig bezahlte Ausgaben werden
 im Vollstreckungsverfahren eingezogen oder
 beigetrieben.
 Unbare Zahlung unter vollständiger Angabe
 der Steuernummer wird empfohlen.
 Karlsruhe, den 1. April 1930.
 Die Finanzämter Karlsruhe-Stadt, Karlsruhe-
 Land, Durach und Giefingen.

Zuckerkrankte
 Die Sie ohne das nutzlose Hungern
 aufrecht werden sagt Jedem ungenügli.
 Ch. Dergert, Wiesbaden, Müllerstr. 110b.

FRISCHE FISCH
 Eingetroffen:
 in
 Spezial-
 Fisch-Waggons
 in schwerster Eispackung
Kabliau
 Pfund l. Ganzen | Pfund l. Anschnitt
30 | **33**
Schellfische **33**
 ohne Kopf | Pfund **33**
Stockfische **35**
 frisch gewässert | Pfund **35**
Kabliau-Filet **45**
 blütenweiß | Pfund **45**
Frischgeäucherte
Süßbücklinge
Lachsheringe
Bismarckheringe **95**
 in pikanter Milchsauc | 1 Liter-Dose **95**
 offen | Stück **15**
Heringssalat 1/2 Pf. **25**

Kabliou
 Pfund l. Ganzen | Pfund l. Anschnitt
30 | **33**
Schellfische **33**
 ohne Kopf | Pfund **33**
Stockfische **35**
 frisch gewässert | Pfund **35**
Kabliou-Filet **45**
 blütenweiß | Pfund **45**
Frischgeäucherte
Süßbücklinge
Lachsheringe
Bismarckheringe **95**
 in pikanter Milchsauc | 1 Liter-Dose **95**
 offen | Stück **15**
Heringssalat 1/2 Pf. **25**

Pfaukuch
5% Rabatt!

Ihrem Sohn
 zur
 Versetzung
 ein gutes
Talchenmesser
 von
Kratz
 Solinger Spezialist
 Wulststr. 41, gegenüber d. Hofapothek
EISU-Betten
 (Stahl u. Holz) Polster,
 Schlafzimm., Stahlmatr.,
 Kinderb., Chaisel, a. Pri-
 vate, Ratenz., Katal., fr.
 Eisenmöbelfabrik Sahl

Kommunikanten-Anzüge
 finden Sie in kleidsamen
 Formen, in bekannt
 guten Qualitäten bei
 größter Auswahl zu zeit-
 gemäß billigen
 Preisen
 bei
Kaiserstrasse Karlsruhe Ecke Herrenstrasse

Ausverkauf
 wegen Geschäfts-Verlegung
Badeeinrichtungen
Waschtoiletten
Junker & Ruh-Gasherde
Beleuchtungskörper usw.
Karl Schwarz
 Kaiserstrasse 156

Die gesunde, gute Wäsche
 für
 Damen, Herren, Kinder
 erhalten Sie im
Reformhaus Neubert
 Kaiserstrasse 29a

GROSSE METEOR-FAHRT
 Genua - Rom - Neapel - Palermo - Taormina - Malta -
 Tripolis - Sfax - Tunis - Marseille. Abfahrt 26. April.
 Ankunft Marseille 14. Mai. Preis für die Seefahrt
 von RM. 490,- an. Det Bergenske Damp-
 skibsselskab, Bergen (Norwegen). Aus-
 führliche Programme durch:
 Reisebüro Jos. Hartmann, Frankfurt a. M.,
 Kaiserstr. 23, und
 Siemer & Co., München, Herzog-Wilhelmstr. 33.

Große Posten
Schürzen
 außergewöhnlich billig!

Jumperschürzen Water oder Indanthren . . .	1.45 1.10	75
Jumperschürzen extra weit, Satin Waschstoff oder Indanthren.	2.90 2.50	2.10
Weißer Servierschürzen mit hübscher Stickerei verarb.	1.90 1.75	1.25
Knabenschürzen in gestreift Waschstoff mit Spieltasche.	Gr. 40	55
Mädchenschürzen mit gestreift Zeifr	Gr. 45	1.25
Jede weitere Größe 10 J mehr		

Damen-Berufsmäntel
 Wickelform oder zum Knöpfen
 einfarb. Zeifr mit buntem Schaltragen
 weiß prima Satin schwarz prima Satin
3.25 3.50 4.90

TIETZ Karlsruhe

Verkauf auf Extratischen im Erdgeschoß!

Württemberg. Pferde-Geld-Lotterie
 Ziehung 10. April
 Gesamt-Gewinn 14.
19000
16500
3000
 Preis 1 M. Paris u. Liste 95 Pf.
Stürmer Mannheim
 8 7, 11
 Postsch. 170 45 Karlsruhe
 Alle Lotterie-Einnehmer
 u. Verkaufsstellen.

Loba-Wachs
 und
Loba-Beize
 Farbbahnerwachs
 empfohlen durch den Reichsverband
 Deutscher Hausfrauenvereine

Badisches Landes-theater
 Donnerstag, 3. April:
 * 8 20 (Donnerstag-
 miete) 20. Gen. 601
 bis 700.

Badischer Schwarzwaldder Verein Ortsgruppe Karlsruhe
 Montag, den 7. April, 8 Uhr, Eintracht:
KONZERT
 zugunsten des Baufonds für Wanderheime
 unter freundlicher Mitwirkung von:
 Fr. Freia Kühner, Sopran,
 Fr. Emmy Schach-Berlin, Geige,
 Herr Kammermusiker Somann, Flügel,
 Instrumental-Verein, Leitung: Musik-
 direktor Th. Müllers.
 Frauenchor der Gesangschule Frau
 Bürg-Steinmann,
 Cilla Herrmann mit Meisterschülerinnen
 ihrer Tanzschule.
 Karten im Vorverkauf (auch für Nicht-
 mitglieder); Sporthaus, Freundlich und
 Müller; A. Moraller, Goldwaren, Amalien-
 straße 69 und Herdersche Buchhandlung,
 Herrenstraße zu RM. 1.60, 1.10, —.70.

Der Ziegenbaron
 Operette
 von Johann Strauß.
 Dirigent: Friß.
 Regie: Kimmernann.
 Bühnenfeste: Bühnen-
 Götter, Scherz,
 Metting, Högler, J.
 Göttinger, Kaufmänn,
 Wier, Klemm, Fröhler,
 Schoepflin, G. Göt-
 tlinger, Allan, Rüd-
 mann, Schäfer.
 Anfang 19/4 Uhr.
 Ende 22/4 Uhr.
 Preise 6 (1.00 bis
 7.00 Mark).

Aufbau-Realschule und Realgymnasium i. E. mit Internat
„Meerstern“ Meersburg
 am Bodensee
 Staatl. genehm. Privatschule. — Ge-
 leitet von den Schulrättern. — Ober-
 sekundareife. — Ab Ostern Sexta und
 Quinta Realgymnasium.
 Aufsicht und Nachhilfe beim Studium.
 — Waldspielplätze. —
 Prospekt durch die Leitung.

Colosseum
 Täglich
 8 Uhr
Jupp Wilhelm's
 Lustige Bühne

Große Auswahl
 in neuen u. gebrauch.
Pianos
 werden unter ganz gün-
 stigen Kaufbedingungen
 preiswert abgegeben.
Heinr. Müller
 Klavierbauer,
 Eulienstraße 8.
 Vertreter erster deut-
 scher Firmen. Weitere
 Instrumente werden in
 Zahlung genommen.

Drahtgeflechte
 sowie komplette Drahtzäune mit
 Pfosten und Türen, Reparaturen,
 Kellergitter, Schutzgitter, Siebe,
 Spandradt, Stacheldraht.
 Engros- und Detail-Verkauf.
Ludwig Krieger, Drahtwarenfabrik.
 KARLSRUHE, Veilchenstraße 33
 Tel. 316.

Küchenmöbel
 und alles andere im Haushalt
 können Sie leicht selbst streichen
 mit **Dehn's streichfertigen**
Oelfarben und
Emallacke
 in allen gewünschten Farbentönen.
 Spiritus- und Bernsteinfußbodenlacke, Parkettputzöl,
 Parkettwunder, reines Terpentinöl, Parkettwachs, flüs-
 siges Bodenwachs in nur prima Qualitäten, Boden-
 beizen, Möbelpolitur, Mop-Politur in Flaschen und
 offen, Mop beste Marken, Blocker, Putztücher, Strupfer,
 Besen, Bürsten, Pinsel usw.
 Lieferung frei Haus. Rabattmarken des Einzelhandels.
Drogerie DEHN Nachf.
 Zähringerstr. 55 Fernsprecher 1909

Gerichtliche und Vergleiche
 außergerichtliche
 Vertretung bei den Finanzämtern!
F. W. Wörner
 Rechts-
 Kaiserstraße 239 (gegenüber dem Notariat)
 Telefon 4767.

Im Neuanfertigen
 u. Umarbeiten von **Steppdecken**
 u. **Daunendecken** empfiehlt
 sich
Paula Schneider, Karlsruhe, Adlerstr. 5.

Opel
 4 PS, neuwertig, bil-
 lig zu verkaufen.
 21malenstr. 12, See.

Postkarten
 für Handschrift und Maschinenschrift
 liefert in guter Qualität und
 zu solidem Preis
Badenia A.G., Karlsruhe
 Steinstraße 17-21